

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditio...
monatlich 1.70 Rnt. + 85 Pf. Trägerlohn + 2.10 Rnt. Durch die Post einsept. Zustellungsgebühren 2.40 Rnt.

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsort und Druckverlagssitz: **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dreslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Dreslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschlossene Anzeigen aus Schlesien 16 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Tag 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleumdungs- und Wagnis-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen von Wort 3 Pf., das feste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditio...
Kursstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Entlarvung des Landbundschwinds.

Der Etat des preußischen Landwirtschaftsministeriums vor dem Landtag. — Das Versagen des Landbundes aufgedeckt.

Berlin, 2. Februar. (Eigener Bericht.) In der Sitzung des Preussischen Landtags vom Donnerstag werden außerhalb der Tagesordnung einige Anträge der Sozialdemokratie und des Zentrums, die sich mit drohenden Erbensteuerveränderungen beschäftigen, verhandelt. Die Sozialdemokratie und das Zentrum weisen auf die Gefahr hin, dass durch diese Veränderungen der Wohlstand der Bauern beeinträchtigt werden könnte. Die Regierung hat sich bisher nicht geäußert.

Abg. Pöhl (Rom.) beantragt, auf die Tagesordnung einen kommunikativen Antrag zu setzen, der die Bestätigung der Richter fordert, die Paul Schmezer aus der Untersuchungshaft entlassen haben. Dieser Beschluß der preussischen Richter beweist die Gesinnungsgemeinschaft der Richter der Republik mit den fanatischen Arbeitermördern. (Ordnungsruuf.) — Der Beratung des Antrages wird von den Rechtsparteien widersprochen. (Großer Lärm bei den Kommunisten.) — Hierauf beginnt das Gaus die zweite Beratung der Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger:

Die deutsche Landwirtschaft ist der wichtigste Abnehmer der deutschen Industrie, von den Produkten der heimischen Industrie verbraucht die Landwirtschaft jährlich für eine Milliarde Mark. Die Landwirtschaft ist die wichtigste Industrie für neue Geräte und Maschinen aus. 750 Millionen für Düngemittel, 500 Millionen für Saatgut usw. Kein Zweifel, daß ein ungeheures allgemeines wirtschaftliches Interesse am Wohlergehen der Landwirtschaft besteht. Eine besonders schwere Schädigung für die deutsche Landwirtschaft ist die überhöhte Einfuhr ausländischer Lebensmittel im Betrage von fast 3 1/2 Milliarden. Die Annahme, daß Deutschland dies alles selbst erzeugen könne, ist zwar irrig, aber das Problem, einen möglichst großen Teil dieser Einfuhr entbehren zu machen, ist das Kernstück der deutschen Landwirtschafts- und Ernährungspolitik. Geben wir doch für die Einfuhr von Getreide und Viehfuttermitteln, wie wir aus der Ausfuhr von Getreide erlösen, und der Betrag unserer Apfelsineneinfuhr ist so groß, wie unsere gesamte Ausfuhr an Motoren und Dampfmaschinen. (Sehr gut! links.) Das Preussische Landwirtschaftsministerium hat unausgesetzt daran gearbeitet, die landwirtschaftliche Produktion auf allen Gebieten zu steigern. Es ist freilich viel leichter, in einer unzuständigen Landtagskommission die Preussische Regierung heranzuziehen, als in verantwortlicher Ministerstellung für die Landwirtschaft etwas Praktisches zu leisten. (Sehr gut! links.)

Abg. Wittich (Soz.):
daß für Meliorationen und für landwirtschaftliche Zwecke überhaupt das verarmte Preußen nach Krieg und Revolution mehr leidet, als das reiche Königreich Preußen vor dem Kriege gelitten hat.

(Sehr gut! links.) Wir machen nur von unserer Leistung nicht so viel Geschrei wie der Landbund, der mit großer Geste einmal das Hilfswort der deutschen Landwirtschaft angelündigt hat, von dem man seitdem nie wieder etwas gehört hat. (Sehr gut! links.) Besonders erschwerend für die Fortentwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes ist der große Kapitalmangel. Wir werden bis heute, auch in Zukunft die Landwirtschaft möglichst mit Kredit unterstützen, aber wir brauchen eine Organisation von unten auf zur Kontrolle darüber, wer die Mittel des Staates bekommt. (Sehr gut! links.) Die Forderung wird hoffentlich in Zukunft wesentlich rascher vorwärts getrieben werden können, als bisher. (Beifall links.)

Das laute Geschrei über die Not der Landwirtschaft beruht auf einer Tatsache: der preussische Großgrundbesitz ist marodiert, wie es die preussische Monarchie im November 1918 ausgehört hat. Wenn wir länger zusehen, besteht die Gefahr, daß der gesunde Bauernstand mit in den Abgrund gezogen wird. Die Sozialdemokratische Partei hat in ihrem Agrarprogramm die Ermittlung klar ausgesprochen, daß das Gedeihen der Landwirtschaft eine Voraussetzung für den Wohlstand des arbeitenden Volkes ist. (Lärm und Lachen rechts.) Trotzdem nimmt der Landbund, um von den Vätern der Deutschnationalen in der Reichsregierung abzulernen, die Sozialdemokratie als Prügelmann in Anspruch. Tadelfeind der Republik, verlangt er von der Republik weitgehende Unterstützung, nicht für die Landwirtschaft, sondern für den Großgrundbesitz.

Das ist der Grundbesitz herrscht allein im Landbund und der Bauer ist nur ein Strohmann. (Sehr gut! links.) Von den nachstehenden, Heiner Wenzel aus der Eifel, dem Hausfeld, dem Gieseler, der Klein und dem Weierwald sind auf ihren Landbesitzverträgen kein einziger Name. (Sehr gut! links.) Auf Heller und Pfennig hat der preussische Landwirtschaftsminister dem Landbund vorgerechnet, wieviel mehr die gegenwärtige Preussische Staatsregierung an Geld für die Landwirtschaft hergegeben hat, als die Reichsregierung im Reich. Trotzdem wird Herr Schiele vom Landbund und Herr Steiger beschimpft.

Die Deutschnationalen haben den Bauern goldene Zeiten versprochen, wenn nur recht rasch die Zwangswirtschaft aufgehoben würde; sie haben ihr Versprechen wiederholt, für den Fall, daß der Zolltarif aufwände käme. Aber nur 60 000 Großgrundbesitzer haben mit Hilfe des Zolltarifes ihre bequeme und wirtschaftlich wertlose Existenz weiter erhalten können. Der deutsche Bauer hat keinerlei Nutzen davon gehabt. Darüber soll ihn das große Geschrei und die laute Drohung mit einem Bauernaufstand hinwegtäuschen. Keiner der Landbundsleiter sagt, wie er den Bauern wirklich helfen will. Das Rotprogramm des Landbundes sieht aus, als hätte es jemand verfaßt, der in den nächsten Tagen in eine Kaltwasserheilanstalt eingeliefert werden muß. (Sehr gut! links.) Es fordert zunächst die absolute Grenzsperrung für landwirtschaftliche Produkte. Als ob das wirtschaftspolitisch überhaupt denkbar und durchführbar wäre! Dabei gibt es ganz andere, praktische Wege planmäßiger Preisregulierung durch den Staat. Die beste Bekämpfung überflüssiger Einfuhr ist die rationelle systematische Betriebswirtschaft. Das Landbundsprogramm fordert die Abschaffung der Auslandskredite. Dadurch würde der Kredit der Landwirtschaft noch teurer, soweit die Landbankgeschäfte nicht überhaupt die Kreditfähigkeit der Landwirtschaft zerstört.

Den Staatskredit soll in Zukunft nur der Landwirt erhalten, der wirklich wirtschaften kann. Um verkrachten Bauern ein angenehmes Leben zu geben, sind uns die teuer verdienten Steuergroschen der Arbeiter und Beamten zu schade.

(Sehr gut! bei den Soz.) Die Agrarier schwärmen ja vom freien Spiel der Kräfte; dann müssen sie sich gefallen lassen, daß nicht lebensfähige Großgrundbesitzer verkrachten. Das Landbundsprogramm fordert Herabminderung der Schulkosten. Die Großgrundbesitzer haben nichts gelernt und nichts vergessen, sie wollen noch immer möglichst dumme Arbeiter ausbeuten. Wir hingegen glauben, daß nur mit einer hochstehenden Landarbeiterschaft die deutsche Landwirtschaft konkurrenzfähig gemacht werden kann. Nur eine rationalisierte deutsche Landwirtschaft wird leben können. Voraussetzung dafür ist die Aufhebung des Bodenmonopols, die Befreiung des Bauern aus der Abhängigkeit vom Bodenbesitz.

Allen übermäßig große Landbesitz muß der öffentlichen Hand verfallen
und planmäßig zur Siedlung ausgenutzt werden. Wie man den Weg zwischen Produzenten und Konsumenten abkürzt, zeigt praktisch der große neue Lieferungsvertrag zwischen der Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg und dem Heuerlingsverband der Provinz Hannover. Aber solch praktische Arbeit für die Landwirtschaft liegt dem Landbund nicht.

Er kündigt lieber Kampf und Aufruhr gegen den Marxismus an. Er sucht die Bauern auf die Straße zu hegen und zum Sturm mit ungewissem Ziel aufzupulsen. Unsere altbewährte Kämpferschar hat vor diesen Drohungen keine Angst. Wenn die Herren Agrarier es wollen, wir sind bereit, ihnen entgegenzutreten. Es lebe der Kampf! (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Wielberg (Dnat.): Die deutsche Landwirtschaft ist ein Trümmerfeld, und die Verantwortung trägt die Regierung. (Lärm links.) Schiele! Auch die Forderung des Agrarier Schiele gehen uns längst nicht mehr genug. Die Gefährdung der Schutzgüter ruiniert gerade den Landarbeiter und den kleinen Landwirt. Man sollte die Umfachssteuer um 4 Prozent erhöhen, das würde niemandem weh tun, und man hätte 350 Millionen Mark jährlich für die Landwirtschaft. (Lärm links.) Möge die Regierung in letzter Stunde dafür sorgen, daß nicht ein Feuer ausbricht, das Staat und Wirtschaft verzehrt. Aber es ist höchste Zeit. Die Geduld der Landwirtschaft ist erschöpft. (Lebh. Beifall rechts, Lachen links.)

Die Fortsetzung der Debatte wird auf Freitag vertagt.

Briands Antwort.

Die außenpolitische Debatte im französischen Senat. — Briands Rede zur Außenpolitik.

Paris, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Senat fanderte am Donnerstag der zu den Rechtsparteien zählende Senator Lhopiteau die Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung als die einzige wirksame Garantie für die Sicherheit Frankreichs. Deutschland werde keinen Angriff unternehmen, solange es fürchte, daß der Krieg auf seinem Gebiet geführt würde. Stresemann zeige sich nach außen zwar entgegenkommend, im Innlande befinde er sich jedoch in voller Uebereinstimmung mit den Nationalisten, und der heutige Reichspräsident vollends sei der Vertreter der Gewalttätigen.

Paris, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im weiteren Verlauf der Senatsdebatte sprach Senator de Jouvenel über die ungarische Waffenlieferung. Die Kleine Entente habe sich erst einen Monat nach dem Zwischenfall von St. Gotthard an den Völkerbund gewendet. Inzwischen seien die Maschinengewehre in dem beschlagnahmten Eisenbahnwagen durch altes Eisen ersetzt worden. Gleichzeitig erfahre man heute, daß die angehaltene Sendung bereits die letzte ihrer Art war. Warum — so fragt er — habe Frankreich nicht sofort den Völkerbundrat angerufen, zumal die Affäre das ganze Problem der Abrüstung und der Sicherheitsgarantien aufwerfe. Wenn in dieser Sache keine ersten Maßnahmen getroffen würden, mit welchem Recht könnte man dann von anderen Ländern die Einhaltung ihrer Entwaffnungspflicht fordern? Sämtliche französischen Theorien von der Abrüstung und einer internationalen Kontrolle würden dann zusammenbrechen. Als Paul Boncour vor wenigen Monaten von der Kontrolle über die antimilitarisierte Rheinlandzone gesprochen hatte, habe er nicht daran gedacht, daß dem Deutschen Reich dadurch eine neue Verpflichtung auferlegt oder eine Demütigung bereitet werden könne. Es handele sich hier vielmehr um die Anwendung der allgemeinen internationalen Kontrolle. Jouvenel fordert schließlich, daß Briand im Völkerbundrat die Errichtung einer permanenten internationalen Kontrollkommission vorschläge, damit ähnliche Vorfälle wie in Ungarn in Zukunft vermieden werden.

Jouvenel äußert sich dann noch zu der Räumung des Rheinlandes und fordert, daß diese Frage zum Gegenstand von Verhandlungen gemacht werden müsse. Von der Kriegsgeschichte im Osten sprechend, schlug Jouvenel vor, einen neuen internationalen Vertrag zu schließen, den auch England und Italien unterzeichnen müßten und durch den nicht nur der Friede am Rhein, sondern der Friede in ganz Europa gesichert würde. Wenn Deutschland diesen Vertrag annehme, dann könnte das Rheinland geräumt werden. Der folgende Interpellant, der rechtsstehende Senator Gadenot, sprach über die Kontrolle der antimilitarisierten

Rheinzone, die durch die Artikel 42 bis 44 des Friedensvertrages eindeutig geregelt sei.

Dann ergriff der französische Außenminister Briand das Wort. Er versicherte eingangs, durch keinerlei Wortspiele frühere Erklärungen verdecken zu wollen. Er werde seine Meinung frei zum Ausdruck bringen. Den zwischen ihm und Herrn Stresemann über die Grenzen hinaus eingeleiteten Dialog betrachte er als überaus glücklich.

Briand sprach dann von dem Völkerbund als „einer ausgezeichneten Einrichtung“, die allerdings noch vervollkommen werden müßte, und fuhr dann fort: „Besonders beglückwünscht habe ich mich, als die Vertreter Deutschlands in den Völkerbund eintraten, und als sie im Laufe der letzten Völkerbundtagung dazu beitrugen, die Schwierigkeiten zu beseitigen. Mein Gerechtigkeitsgefühl erfordert es, daß ich auch den Vertreter Russlands, Litwinow, erwähne, der sich an den polnisch-litauischen Verhandlungen in wirkungsvoller Weise beteiligt hat. In dem Abkommen von Locarno muß man den Geist und den Buchstaben berücksichtigen. Reichsminister Stresemann steht es vor, auf der Seite des Geistes zu bleiben und nicht auf der Seite der Realitäten des Faktes. Stresemann ist ein positiver Geist, aber er neigt zu der Tendenz, im Garten der Deloanne von Locarno kopieren zu gehen, indem er die Hand ausstreckt zum Nachbarn, aber nicht zum Geben. (Sehr gut.) Man sucht in Locarno allerlei Sünden zu intervenieren, aber Locarno ist ja erst seit einethalb Jahren im Kraft. Der Dawesplan ist bis jetzt ohne Zwischenfall ausgeführt worden. Die Reparationskommission hat den guten Willen Deutschlands anerkannt. Man hat den deutsch-französischen Handelsvertrag abgeschlossen, das sind die Folgen von Locarno. Bedeutet das etwa nichts? Von den beiden Reden Stresemanns im Reichstag, die ich die zweite war. Die erste war auf einen ziemlich konstanten Ton gestimmt, hat aber Worte enthalten, die mir nicht gefallen. Ich verwahre mich dagegen, daß man auf der Tribüne des französischen Parlaments Deutschland und die deutsche Regierung beschuldigt, daß man die Reichswehr nach Belieben beurteilt, deren Inhalt man nicht kontrollieren kann. Was Stresemann von der Heeresleitung hinsichtlich der Sicherheitsfragen gesagt hat, bedauere ich. Aber man muß aussteuern, daß er die Tendenzen des Abg. Stresemann, der sich heute in Paris befindet, hat. Aber ich muß mich an Dr. Stresemann wenden, und ich sage: Sie behaupten, daß die Haltung Frankreichs eine Entwürdigung für Deutschland ist? Nein. In Verlauf dieser Jahre werden Kollektivverträge in den verschiedenen Ländern geschlossen. Unsere Debatte werden von Herrn Gadenot fortgesetzt.“

Das Ergebnis der kommenden Wahlen aber kann ungeheure Folgen nach sich ziehen. Die Wähler müssen vollkommen aufgeklärt werden. Und darum begreife ich es, daß Stresemann im Reichstag über das Rheinlandproblem sich ausgesprochen hat. Es ist durchaus zu verstehen, daß Deutschland das Ende der Rheinlandbeziehung herbeiwünscht, aber ich kann diese Frage nicht so einfach sehen, wie man sie in Deutschland sieht.

Im Rheinland steht Frankreich nicht allein. Der Vertrag von Versailles kann nur im Einverständnis aller Parteien abgeändert werden. Man darf also nicht bei dieser Frage von Heuchelei sprechen. Ebenso täuscht man sich auch, wenn man behauptet, daß man in der Welt die Haltung Frankreichs in dieser Frage nicht versteht. Nach dem Versailler Vertrag ist die Rheinlandbeziehung aus drei Gründen vorgenommen worden: 1. wegen der Kriegsschuldigen, auf deren Bestrafung man verzichtet, 2. wegen der Entwaffnungsfrage und 3. wegen der Reparationsfrage. In Paris habe ich zu Stresemann gesagt: „Legen wir doch diese Angelegenheit, ohne aus dem Rahmen des Vertrages herauszutreten. Sie wünschen die vorzeitige Räumung, also müssen Sie entlassen und die Mittel ins Auge fassen, durch die Sie Ihre Reparationszahlungen früher leisten können.“ Die Entwaffnungsfrage ist jetzt geregelt. Und Stresemann hat mir gegenüber die Entwaffnungsfrage erwidert: er werde sie mit den Finanzkommissionen prüfen und Vorschläge unterbreiten. Diese Vorschläge habe ich aber niemals erhalten. Also ist die Frage der Reparationen für die vorzeitige Räumung seit 18 Monaten, abgesehen davon, daß sie damals gestellt habe, nicht weitergekommen. Die allgemeine Lage des Finanzmarktes der Welt hat Stresemann früher davon abgehalten, die angekündigten Vorschläge zu unterbreiten.

Nach heute weigert sich Frankreich nicht, das Rheinlandproblem als neue zu prüfen, aber wohlverstanden nur im Einverständnis mit seinen Alliierten. Stresemann sagte im Reichstag: „Wir werden nichts über den Rahmen des Versailler Vertrages hinaus ausgehen.“ Ich verlange das von ihm auch gar nicht, hier handelt es sich um ein Geschäft. Deutschland ist ein wirtschaftlich durchgebildetes Land und wird schon Mittel finden, um im Rahmen des Versailler Vertrages zu einem Resultat zu kommen. Was die Sicherheit anlangt, so ist es gewiß, daß der Versailler Vertrag nach dieser Richtung hin Garantien gewährt, aber nach 1935 muß der Versailler Vertrag in der entmilitarisierten Zone funktionslos sein. Es handelt sich hier nicht um eine Kontrolle von hundert von Kontrollbeamten.

Diese Zone ist aber nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch in dem Frankreichs ertücht worden. Der vorgesehene Garantiemechanismus muß eben spielen, und zwar in dem vom Völkerbund vorgesehene Rahmen. Nach dieser Seite hin werde ich mich orientieren. In diesem Geiste will ich mit den Vertretern Deutschlands verhandeln. Bei gemeinsamem gutem Willen werden wir schon zu einem befriedigenden Ergebnis kommen. Wir werden beschaffen, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet, gern unsere Geneigtheit zu einer Annäherung an Dräufoland zeigen. Wenn dann die entmilitarisierte Zone gesichert ist, ist das ganze Problem gelöst.

Der Beschluß des Senats.

Paris, 3. Februar. (Eigener Funkenbericht.) Der französische Senat nahm im Anschluß an die mit kühnem Beifall aufgenommene Rede Briand's eine Entschließung an, in welcher der französischen Regierung das Vertrauen ausgesprochen und gefordert wird, die Friedensgarantie zu verstärken.

Der Eindruck in Berlin.

Berlin, 3. Februar. (Eigener Funkenbericht.) Die Berliner Rechtsprelle betrachtet die Entschließungen Briand's im Senat als eine Enttäuschung und eine Abgabe an Stresemann. Nach die Rechtsprelle ist nicht ganz zufrieden. So sagt der „Vorwärts“: „Ein so wichtiges Dokument wie die Rede Briand's bedarf einer gründlichen Prüfung, ehe man zu ihm endgültig Stellung nimmt. Als erster Eindruck läßt sich jedenfalls sagen, daß die Rede neben viel Gutem manch Anschickbares enthält.“

Das besetzte Gebiet vor dem Reichstag

Fortsetzung der Einberufung.

Berlin, 2. Februar 1923. Auf der Tagesordnung der Reichstagsung steht zunächst der Einpruch, den die kommunistischen Abgeordneten Florin und Berk gegen ihre vom Vizepräsidenten Graef verfertigte Ausweisung aus der Sitzung vom 27. Januar erhoben haben. Die Einprüche, über die nach der Geschäftsordnung eine Aussprache nicht zulässig ist, werden gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt. Dann wird in dritter Beratung der Gegenentwurf über Deutschlands Beteiligung am Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete. Abg. Wittke (Soz.) führt Klage darüber, daß das Ministerium der Besetzungsbehörden noch immer die schwersten wirtschaftlichen

Schäden für die Bevölkerung dieses Gebietes zur Folge habe. Die Arbeitslosigkeit sei dort um 30 bis 50 Prozent höher als im übrigen Reich. Die Sozialdemokraten beschwerten den Tag, an dem an Stelle der Tricolore am Rhein die schwarz-rot-goldene Reichsfahne flattere.

Staatssekretär Schmid

vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete erklärt zunächst, daß der Reichskanzler selber durch Krankheit verhindert sei, den Etat selbst zu vertreten. Die Regierung verhalte sich, den schwersten wirtschaftlichen Druck, der auf der Bevölkerung des besetzten Gebietes lastet, zu mildern. Wünschenswert wäre es, wenn auch die Länder diesem Gebiet öffentliche Aufträge in größerem Umfang zuweisen würden. Die Besatzungsvermindering hätte zur Freigabe von 436 Wohnungen geführt, denen aber immer noch über 8000 beschlagnahmte Wohnungen gegenüberstehen. (Hört! Hört!) Die französische Militärjustiz zieht noch immer jährlich rund 1500 deutsche Bürger vor ihre Schranken, meist wegen Bagatelldelikten. Ueber 200 Ausweisungen fremder Soldaten wären auch 1922 zu verzeichnen. Der Redner spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß der verhängnisvolle Anarchismus der Besetzung und damit auch die Tätigkeit der Reichsverwaltung für die besetzten Gebiete möglichst bald ihr Ende finden möchten.

Abg. Dr. v. Dreyer (Dnl.): Die Separatistenputzsch sind von Frankreich geleitet und bezahlt gewesen.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Ztr.) behauptet, daß die Verhältnisse im besetzten Gebiet nicht, wie die Schindlererei der französischen Presse es darstellt, geordnet, sondern immer noch eines freien Volkes unwürdig sind.

Abg. Dr. Kasse (D. Sp.) meint, die französische Regierung zeige in ihrem Besetzungssystem einen unglaublichen Mangel an psychologischen Verständnis.

Abg. Dr. Schüding (Dem.) erklärt, der Friede von Versailles sei ein Unglück nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Siegermächte. Er frage nicht nur um Ungerechtigkeiten, sondern auch in seinen technischen Bestimmungen durchaus schlecht. Einer seiner übelsten Bestandteile sei die Besetzung. Trotz seiner schweren Opfer leide das deutsche Volk weiter unter einer Besetzung, die länger dauere, als jemals eine Besetzung im 19. Jahrhundert gedauert hat. Die Fortdauer der Besetzung widerspreche der Bestimmung des Völkerbundes, daß die Beziehungen der Länder untereinander nach den Grundsätzen der Ehre und Gerechtigkeit geregelt werden sollen. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes sei mit dem Augenminister darin einig, daß eine vorzeitige Aufhebung der Besetzung nicht erkauft werden dürfe durch eine dauernde deutsche Verpflichtung über den Versailler Vertrag hinaus.

Abg. Weber-Düsseldorf (Komm.) kritisiert verschiedene Positionen des Etats.

Abg. Dr. Jorissen (Wirtsch. Sog.) verlangt steuerliche Erleichterungen für die notleidenden Mittelstandsklassen im besetzten Gebiet.

Abg. Dr. Bayersdorfer (Bav. Sp.) schildert die Schäden, die durch die Besetzung besonders in der bayerischen Pfalz angerichtet worden sind.

Abg. Dr. Dörschel (Soz.) fordert eine stärkere Beteiligung des besetzten Gebietes an den ausgemessenen Mitteln. Er begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung des Kulturfonds um eine Million auf 4 Millionen.

Weiter spricht der Abg. Kasse (Kassoz.). Der Etat wird hierauf mit den Anträgen und Entschließungen des Ausschusses unter Ablehnung sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge angenommen. — Das Haus verläßt sich auf Dienstag, den 7. Februar, 14 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Entwürfe zur Änderung des Mietrechts.

Marr lobt weiter.

Er untergräbt die Autorität der Justiz. Der Reichskanzler hat seiner Deutlichkeit über den Streit mit Stresemann um den Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn am Donnerstag noch eine Nachschrift an den Reichstagspräsidenten folgen lassen. In diesem Schriftstück meint Herr Marr ein außerordentlich gefährliches Spiel, denn die ganze Arbeit ist nichts anderes als ein Spiel mit gegen das Urteil des Staatsgerichtshofes, der ausdrücklich den preussischen Anspruch auf Entlassung eines Vertreters in den Verwaltungsrat der Reichsbahn als berechtigt anerkannt hat. Inhaltlich am vieles Urteil auszuführen, wie es die Pflicht der Reichsregierung wäre, kritisiert und bemängelt sie es und trägt so wieder einmal dazu bei, die Autorität des Rechts zu erschüttern.

Wo ist es hinüber, wenn schon die Reichsregierung es nicht mehr für notwendig hält, Urteile des Staatsgerichtshofes ernst zu nehmen?

aber gar unangenehm? Jedenfalls kann das jüngste Produkt der Reichsregierung in dem Streit um den Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn u. a. vom Reichstag nicht widerspruchslos hingenommen werden.

In dem Streit an sich wird durch die Rechtskraft des Herrn Marr nichts geändert. Sie belächeln nicht, was es für die Reichsregierung einen einseitigen Rechtsanspruch lang nicht mehr gilt. Ihre Rechtsauffassung richtet sich nach der politischen Empfindung der wählenden Staaten. Bayern als Freund des Bürgerrechts hat lange keinen Vertreter im Verwaltungsrat der Reichsbahn, während das weniger ange-

nehme Preußen jetzt schon seit Monaten auf die Erfüllung eines vom Staatsgerichtshofes anerkannten Rechtsanspruches wartet. Auch dieser Stand sollte bei den kommenden Wahlen eine Rolle spielen.

Gegen die Justizwände von Ahrensdorf

Große Protestversammlung des Reichsbanners in Frankfurt a. O.

Frankfurt a. O., 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstagabend fand hier eine von Tausenden besuchte Protestkundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gegen die Freilassung des Nord-Ankämpfers Paul Schmeller-Ahrensdorf statt. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Die vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold aufgerufenen Republikaner von Frankfurt a. O. haben mit Ernst und Entschlossenheit davon Kenntnis genommen, daß der wegen Schiffschlag am Totschlag der Reichsbannerkameraden Karl Tiede und Richard Wölk zu einjährig-zwölfmonatiger Zuchthausstrafe verurteilte Paul Schmeller aus der Haft entlassen wurde, da Verdacht angeblich nicht vorliegt. Alle die Kreise, die hinter den Mund des Grafen Kaldreuth auf der Raab-Bundtagung in Berlin Drohungen erhoben haben, werden diese ausföhrerischen Freilassung, die der sichersten Wahrung der Sozialdemokratie, als eine Ermunterung für ihre republikanischen Bestrebungen auffassen. Die Bestrebungen werden protektieren schärfstens gegen diese unverständliche Freilassung und erwarten Abhilfe von den zuständigen Instanzen, insbesondere aber, daß alles getan wird, um eine Freilassung Schmellers zu verhindern.

Nach das Berliner Reichsbanner protestiert.

Berlin, 3. Februar. (Eigener Funkenbericht.) Das Berliner Reichsbanner protestierte am Donnerstagabend in einer wichtigen Kundgebung gegen die Haftentlassung des wegen Schiffschlag am Totschlag der Reichsbanner Kameraden Karl Tiede und Richard Wölk zu einjährig-zwölfmonatiger Zuchthausstrafe verurteilten Paul Schmeller. Auch in Potsdam hatten sich mit dem Reichsbanner 2000 Teilnehmer zu einer Protestversammlung gegen die Freilassung Schmellers zusammengefunden.

Die Haftentlassung geschwidrig.

Berlin, 2. Februar. (Eigener Bericht.) Die Rechtsvertreter, der im Ahrensdorfer Prozeß als Nebenkläger zugelassene sieben Reichsbannerleute, haben am Donnerstag gegen die Haftentlassung Schmellers Nichtigkeitsbeschwerde erhoben. In der Begründung dieser Beschwerde heißt es, daß die Entscheidung des Gerichts erfolgt sei, bevor überhaupt ein Prozeßbeteiligter gehört worden ist. Infolgedessen sei der Beschluß nichtig und müsse von Amtswegen aufgehoben werden.

Das Urteil im Schredprozeß.

5 Jahre Zuchthaus für Schred.

Leipzig, 2. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Am Donnerstag nachmittag wurde nach dreiwöchentlicher Verhandlung in dem Landesverratsprozeß Schred und Weniggen das Urteil verkündet. Schred wird wegen Urkundenfälschung, Vergehen nach §§ 1 und 6 des Spionagegesetzes und Verrats militärischer Geheimnisse zu 5 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Schred wird wegen Verrats militärischer Geheimnisse in drei Fällen zu 1 Jahr 10 Monaten Zuchthaus und Schul wegen Meineids zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei Koch gilt die Strafe durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt. Schred wird 1 Jahr der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet.

Deutschnationale Demagogie.

So lange ihre eigenen Anhänger Minister sind, verlangen sie höhere Gehälter, die Sozialdemokraten sollen aber nicht so viel haben.

Schwerin, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Deutschnationale Fraktion des Landtages von Mecklenburg-Schwerin stellte am Donnerstag anlässlich der Staatsberatung den Antrag, die Ministergehälter um je 5000 Mark jährlich herabzusetzen und die Gehälter der in ihrer Reichsregierung noch deutschnationalen Ministerialdirektoren wesentlich zu erhöhen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Niedners Nachfolger.

Berlin, 2. Februar. (Eigener Bericht.) Der Reichstag stimmte am Donnerstag auf Antrag des zuständigen Ausschusses dem Vorschlag der Reichsregierung zu, dem Reichspräsidenten den Reichsgerichtsrat Karl Lorenz als Nachfolger des verstorbenen Reichsgerichtsrates Niedner zu benennen. Dabei wurde festgestellt, daß der Reichspräsident selbstverständlich nicht darüber zu verfügen hätte, wie der neue Reichspräsident am Reichsgericht zu verwenden sei; das sei ausschließlich Sache des Präsidiums des Reichsgerichts.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair. Copyright 1927 by Knopf-Berlin S. G., Berlin R. 10.

51] (Nachdruck verboten.)

Freilich ist ihr Standpunkt erklärlich, die Gewerkschaften haben ihnen viele Schwierigkeiten verursacht, das hat sie eben verdient. Sie behaupten, und was gab der Vater alle Argumente wieder, die ihn an den Kopf geschlagen werden waren: „Gewerkschaften sind gleichbedeutend mit Verfassung, Vertrag, Abschaffung, Ermordung, Strafe, Sozialismus.“

„Was werden sie tun, Vater?“

„Es fehlt demnach aus, mein Sohn. Ich bin finanziell nicht in der Lage, das Spiel allein auszuhalten.“

„Mit all dem Petroleum?“

„Ich habe ja eine Menge Petroleum, doch das meiste ist noch in der Erde. Und für diese Sache brauche ich wenigstens zwei Millionen Dollar in bar.“

„Und was nützt dir der Vater, wenn die modernen Methoden anwendbar werden: Ein Mann, der so reich und immer er sein mag, als irgend ein Geld, er mag gewissermaßen das Geschäft in der Zukunft machen. Hat er auf der Bank Geld, die benötigt ihn das, was heranzukommen, ein Depositen ist, die hat er nicht. Ich habe eine große Anzahl neuer Kunden, neue Kunden, Kunden, nicht die Arbeiter, — alles das ist Kapital, das ich in die Erde und überaus großen Mengen Petroleum brauche. Ich weiß, daß ich es bekommen werde, und die Banken treiben mich nur auf meinen Fuß und den Fuß meiner Kapitalien. Können sie jedoch den Kampf gegen die Unternehmungskosten auf, die Bank ist nicht zu haben, daß es im Grunde Kapitalien überaus teuer sind. Ich mag es aber heranzukommen, denn mein Geschäft nicht weiter ausbauen und würde schließlich nicht einmal meine Kosten einbringen.“

„Vater, was sagst du jetzt? Er hatte den Vater für einen der reichsten und einflussreichsten Männer des Staates gehalten.“

„gesehen, alles hat bezahlt? Das wäre auch sonst vielleicht besser, du arbeitest zu viel, bedarfst der Ruhe.“

„Herr Koh mußte lächeln, obwohl er auf Bunneys Gesicht immer sah. „Mein Sohn,“ sprach er, „wollte ich den Kampf gegen diese Leute aufnehmen, so fände ich nicht eher Ruhe, als bis ich auf den Hügel neben Joe Guntha begraben läge.“

„Du hast doch das Petroleum; einigst du dich mit den Arbeitern, so werden deine Quellen weiter fließen, und du wirst der einzige sein, der in der ganzen Gegend Petroleum hat.“

„Ja, mein Sohn, aber Petroleum ist nicht Bargeld, es muß auch verkauft werden.“

„Wirst du damit sagen, daß niemand es dir abkaufen würde?“

„Ich weiß es nicht bestimmt, habe nie einen derartigen Fall erlebt und kann daher nicht sagen, was die Leute tun würden. Eines aber weiß ich; sie würden mir nie und nimmer gestatten, ihre Streikbrecherarbeit zu fördern. Würden mich schon irgendwas aus dem Weg schaffen; das ist so sicher wie der Sonnenaufgang.“

IV.

Herr Koh lehrte nach seinem Feld zurück und rief die Delegierten zu sich. Selbstverständlich berichtigte er ihnen nicht alles, erklärte nur, er habe sein Möglichstes getan, um die Unternehmung zu seiner Aufsicht zu betreiben, aber vergeblich. „Ich bin durch Übereinstimmen gebunden, die ich nicht zerreissen kann. Hätte er aus. Sollte ich jedoch die Vereinbarung mit den Arbeitern einigen, so wäre ich sehr froh darüber. Kommt es zum Streit, so habe ich nicht die Absicht, auf meinem Feld weiter arbeiten zu lassen. Des bedeutet für mich einen schweren Verlust, was würde ich nicht tun? Ich mag eben erlauben, daß der Kampf hat, und nach Beendigung des Streiks wieder zu mir zurückkehren. Jedoch meine Frau ist weiter in der Baracke wohnt, und ich werde verpflichtet, Ordnung zu halten, meiner Frau nicht zu schaden. Ich weiß, das ist eine unangenehme Aufgabe, und ich hoffe, die Arbeiter werden das anerkennen.“

Die Deutsche Volkspartei will festbleiben.

Sie verhandelt nicht über ein Schuldkompromiß.

Berlin, 2. Februar. (Eigener Bericht.) Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei befähigt am Donnerstag mit verschiedenen innerpolitischen Fragen. Im Verlauf der Debatte teilte der Fraktionsvorsitzende, Abg. Dr. Scholz, über die innerpolitische Lage mit, daß weder von der Fraktion noch von den Vertretern der Fraktion im Bildungsausschuss irgend welche Verhandlungen über den Reichsschuldenkompromiß aufgenommen worden sind. Die Fraktion sehe keinen Anlaß, von ihrer bekannten Stellung in der Schulfrage abzugehen.

Private Einigungsversuche zwischen Volkspartei und Zentrum vergeblich.

Berlin, 2. Februar. (Eigener Bericht.)

Die Versuche, eine Einigung über die strittigen Punkte des Reichsschuldenkompromisses herbeizuführen, sind, wie die „Germania“ meldet, auch am Donnerstag unter Beteiligung von Marx zwischen einzelnen Ministern der Regierungskoalition fortgesetzt worden. Ein Ergebnis wurde aber auch dabei nicht erzielt. Die „Germania“ erwartet jetzt vielmehr, daß die Volkspartei nunmehr bald sagt, was sie will, zumal ihr Führer, Stresemann, schon in den nächsten Tagen einen Erklärungsantritt und bis dahin unbedingt eine Klärung herbeigeführt sein müßte.

In Bezug auf die gestrigen Erklärungen des Reichstags der Reichstagsfraktion der Volkspartei, seine Fraktion sehe keinen Anlaß, von ihrer bekannten Stellung in der Schulfrage abzugehen, schreibt die „Germania“: „Wenn die volksparteiliche Fraktion tatsächlich auf diesem Standpunkt steht und darauf verharren will, so mag sie das bald offiziell sagen, weil dann Verhandlungen wirklich keinen Zweck mehr haben.“

Gegen die bayrisch-württembergische Gewaltpolitik.

Aus dem Geschäftsordnungsanspruch des Reichstages.

Berlin, 1. Februar. Der Geschäftsordnungsanspruch des Reichstages verhandelt über die kommunikativen Beschlüsse, daß ihre Versammlungen in Bayern und Württemberg regelmäßig verboten oder gewaltsam aufgehoben würden. Die Vertreter der Sozialdemokraten und Demokraten traten für diese Beschlüsse ein und hielten es für die Pflicht der Reichsregierung, bei der bayrischen und württembergischen Regierung vorstellig zu werden. Zu einem Beschluß kam es nicht, weil ein Antrag des Abg. Dr. Bell (Zr.) angenommen wurde, die die Vertagung der Angelegenheit auf drei Wochen forderte, damit die in Betracht kommenden Länderregierungen zu den Beschlüssen Stellung nehmen können.

Vom Schankstättengesetz.

§ 1 im Ausschuss angenommen.

Berlin, 1. Februar. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurde heute § 1 des Schankstättengesetzes gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei, der Demokraten, der Wirtschaftlichen Vereinigung und eines Teiles der Deutschen Nationalen angenommen. Nach diesem Paragraphen darf die Erlaubnis zum Ausschank geistiger Getränke nur erteilt werden, wenn ein Bedürfnis nachgewiesen ist. In Gemeinden, in denen auf je 400 Einwohner mehr als eine Schankstätte entfällt, ist das Bedürfnis für neu zu errichtende Betriebe oder zur Ausdehnung bestehender Betriebe auf den Ausschank von Branntwein zu verneinen. In Gemeinden mit weniger als 400 Einwohnern kann beim Vorliegen eines besonderen Bedürfnisses Erlaubnis für insgesamt zwei Schankstätten mit Ausschank geistiger Getränke erteilt werden. Anträge, die den Ausschankhandel in die Konzessionspflicht einbeziehen wollten, wurden abgelehnt, ebenso ein Antrag, alkoholfreie Gaststätten von der Konzessionspflicht frei zu halten.

Wiederaufnahmeantrag für Hölz gestellt.

Die Rechtsbehelfe des zurzeit in Sonnenburg im Zuchthaus sitzenden Kommunisten Max Hölz haben am Donnerstag den angeforderten Wiederaufnahmeantrag gestellt und diesen Antrag in einem längeren Schriftstück begründet.

Einigkeit gegen die Splitterparteien?

Wahlgesetzeränderungen noch vor der Neuwahl.

Berlin, 31. Januar. Nachdem die Regierungsparteien im Reichstage mit dem Reichsinnenminister Dr. von Reubell über die Maßnahmen beraten hatten, die im Kampfe gegen die Bildung von Splitterparteien anzuwenden wären, haben abermals Besprechungen der Führer aller Reichstagsfraktionen, mit Ausnahme der Kommunisten und Bolschewiken, über das gleiche Thema stattgefunden. Allseitig wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß das Splitterparteienwesen eine Gefahr für den ganzen deutschen Parlamentarismus bildet. Die Auffassungen über die Gegenmaßnahmen sind fastlich näher gekommen, jedoch damit gerechnet werden kann, daß der deutsche Reichstag noch vor den Neuwahlen entsprechende Änderungen des Wahlgesetzes durchzuführen wird. Die Idee, den amtlichen Einheitsstimmzettel abzuschaffen, ist vorläufig fallen gelassen worden. Neuerdings gehen vielmehr die Bestrebungen dahin, die Maßnahmen, die die einzelnen Länder bereits gegen die Splitterparteien eingeführt haben, die aber wegen der fehlenden verfassungsmäßigen Grundlage vom Staatsgerichtshof beanstandet worden sind, nun verfassungsmäßig zu legitimieren. Das würde bedeuten, das in Zukunft Wahlvorstände nur noch eingereiht werden dürfen, wenn eine bestimmte Zahl von Unterschriften dafür vorhanden ist und außerdem eine Kaution gestellt werden kann, die normalerweise so hoch sein müßte, daß die Stimmzettelfälscher damit bedacht werden können. Die Fraktions- und Parteiführer werden im Laufe dieser Woche die Verhandlungen über diese Angelegenheit fortsetzen.

Erregung in Indien.

Wegen der Ankunft der englischen Verfassungskommission.

London, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Vorbereitung des einseitigen Demonstrationsstreiks, der für Freitag anlässlich der Ankunft der englischen Verfassungskommission in Indien für diesen Lande geplant ist, hat am Donnerstag zu einer Reihe von Zwischenfällen geführt. Insbesondere in Kalkutta ist es nach einem Zusammenstoß in Ausschreitungen gekommen, bei dem Personen Verletzungen erlitten haben. Im Hafen von Bombay wird die Verfassungskommission am Freitag von einem Hauptteil aus Studenten bestehenden Demonstrationstrupp empfangen werden, der als Zeichen der nationalen Unabhängigkeit schwarze Fahnen mit sich führen wird. Der Eigentümer von Indien richtete am Donnerstag an alle getragenen Körperparteien eine Warnung, in der es unter anderem heißt, daß in keiner Weise eine Verleumdung der britischen Nationalpartei durch die Verfassungskommission zulässig ist. Die Verleumdungen werden durch die Abreise des britischen Konsuls von Bombay zurückgeführt.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Herzogs verlangt Verlegung der Verhandlungen nach Berlin.

Der Leiter der deutschen Handelsdelegation in Warschau, Reichsminister a. D. Herzog, ist dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, aus persönlichen Gründen gezwungen, auf etwa vier Wochen nach Berlin zurückzukehren. Wie bekannt ist, Herzog auch in der landwirtschaftlichen Bewegung sehr tätig und auch Mitarbeiter an der Wirtschaftsenquete. Es ist deshalb an die polnische Regierung das Ersuchen gerichtet worden, in eine Verlegung der Verhandlungen auf kurze Zeit nach Berlin zu willigen. Eine Antwort der polnischen Regierung steht noch aus. Man darf annehmen, daß die polnische Regierung die Zwangslage des deutschen Unterhändlers anerkennen und in eine Verlegung des Verhandlungsortes nach Berlin willigen wird, besonders da es sich nur um eine kurzfristige Veränderung handelt.

Polen und die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote.

Warschau, 2. Februar. Die polnische Regierung ist zum 1. Februar der internationalen Konvention zur Aufhebung von Ein- und Ausfuhrverboten beigetreten. Da aber diese Konvention einiger Staaten, darunter Frankreich, Deutschland und der Niederlande, als Ausnahmebestimmung die Aufrechterhaltung gewisser Ein- und Ausfuhrverbote gestattet, die Standardpositionen des polnischen Import- und Exporttarifsystems, wird dieses Abkommen erst dann ratifiziert werden, wenn, vom Standpunkt des polnischen Außenhandels aus gesehen, der freie Warenverkehr wieder hergestellt wird. Den Bestimmungen der Konvention entsprechend, hat die polnische Regierung zwei Verbote angemeldet und zwar ein Einfuhrverbot für Farbstoffe und ein Ausfuhrverbot für Rohöl.

Eine ernste Krise des Faschismus.

Es hat sich in der faschistischen Partei eine Opposition gebildet.

Innerhalb des Faschismus machen sich nach einem Bericht, den das Londoner Arbeiterblatt „Daily Herald“ von der italienischen Grenze erhalten hat, alle Anzeichen einer schweren Krise bemerkbar, die seltsame Ähnlichkeiten mit dem russischen „Trozkismus“ aufweist. Mussolini ist schon seit Monaten dabei, die Löhne der Arbeiter systematisch herabzusetzen. Das ist die einzige Voraussetzung zur Stabilisierung der Währung, solange man sich nicht dazu entschließen kann, die ungeheuren Ausgaben für imperialistische Kriegerüstungsarbeiten und für den faschistischen Parteiapparat wesentlich zu kürzen. Diese Art von Lösung der sozialen Frage durch den Faschismus hat nun eine lebhafteste Gegenbewegung unter den Leitern der faschistischen Korporationen ausgelöst, jener Zwangsgewerkschaften, die von Mussolini ins Leben gerufen wurden, um angeblich die Arbeiterinteressen im Einklang mit dem Kapital und unter dem Schutze der Regierung zu wahren.

Insondere der Generalsekretär der faschistischen Korporationen Rossini, der bisher stets die italienischen Arbeitnehmer auf den Lagunen der Internationalen Arbeitsämter vertrat, und der frühere Generalsekretär der faschistischen Partei Farinacci, werfen der Regierung vor, daß sie gemeinsame Sache mit den Großindustriellen mache und mit ihnen die Abwehrverbote der Korporationen gegen weitere Lohnkürzungen durchsetze. Diese Führer haben sich inzwischen zu einer Art Opposition gegen die offizielle Parteipolitik entwickelt und propagieren neben der Parole „keine weiteren Lohnherabsetzungen mehr!“ die Wiederherstellung des Streikrechts. Die Regierung und die Parteileitung haben nun Maßnahmen ergriffen, um diese Bewegung möglichst los von Rom zu entfernen. Sie drohen Rossini und Genossen mit schweren disziplinarischen Maßnahmen und geben ihnen sogar zu verstehen, daß die Lipari-Inseln als Verbannungsorte nicht nur für antifaschistische Oppositionsführer, sondern auch für unzufriedene Faschisten Verwendung finden könnten. Das war z. B. kürzlich der Fall, als in Bologna und in Mailand faschistische Paraden stattfanden, bei denen August Turati, Farinaccis Nachfolger als Generalsekretär der Partei, und Arnaldo Mussolini, der Bruder des Duce und Leiter des „Popolo d'Italia“, sehr scharfe Reden gegen die neue Opposition hielten. Sie erklärten, daß es auch mit dieser Opposition keine Kompromisse geben könne, daß man vor dem Ausbruch ganzer faschistischer Ortserregung nicht zurückweichen würde und daß solche ausgeschlossener Sektionen „zu nackten und leblosen Zweigen“ werden würden, deren weiteres Bestehen dann nicht länger wahren würde als ein Strohhalm. Charakteristisch ist ferner, daß die faschistischen Behörden in verschiedenen Städten die Aufführung eines Schauspielers von Farinacci, „Aufsichtung“ unterjagt haben, weil sie befürchteten, daß solche Aufführungen Anlaß zu Sympathieausprägungen politischen Charakters für den Verfasser geben könnten.

Viele oppositionelle Bewegung in italienischen Faschismus ist angeht die drückenden wirtschaftlichen Lage, die sich besonders gegen die entrechtete Arbeiterklasse auswirkt, unermesslich. Es ist eine durchaus logische Erscheinung, daß der Faschismus, der ähnlich dem russischen Bolschewismus durch den Gewaltstreich einer Winderheit zur Macht gelangt ist und mit den gleichen Methoden der Diktatur regiert, nunmehr eine ähnliche Krise durchmacht, wie sie in Russland der „Trozkismus“ darstellt. Da man mit den Mitteln der Gewalt weder wirtschaftliche Probleme meistern, noch die soziale Frage lösen kann, ist es auf die Dauer unmöglich, daß eine einzige Partei alle anderen Parteien einfach verbietet und damit jede Diskussion über öffentliche und soziale Angelegenheiten unterdrückt. Das mag zeitweilig gelingen, dann aber bricht die Unzufriedenheit mit elementarer Gewalt auch innerhalb der einzigen zugelassenen, regierenden Partei durch, es entsteht eine Opposition und die Diktatur werden vor die Frage gestellt, ob sie die Partei demokratisieren oder ob sie die Opposition mit allen Mitteln der Gewalt über die sie verfügen, unterdrücken sollen. Stalin hat sich in Russland für den letzteren Weg entschieden, und es scheint, daß Mussolini, der jenseits in allen wichtigen Fragen nach bolschewistischem Muster vorgeht, die gleiche Methode anwenden wird. Ähnlich wie Trozki die Reise nach Sibirien antreten mußte, dürfen deshalb Rossini und Genossen, falls sie nicht kapitulieren, bald nach den Lipari-Inseln im Mittelmeer zu wandern haben. Es fragt sich nur, wie lange — in Russland ebenso wie in Italien — diese Methode Erfolg haben wird. Schließlich müssen sich u. G. doch die wirtschaftlichen Gesetze als stärker erweisen als die mächtigsten und brutalsten Diktatoren.

Poincaré renommiert

mit seiner Stabilisierung der Währung.

Paris, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag hat Ministerpräsident Poincaré endlich das Wort zu seinem Rechenschaftsbericht über seine Finanzpolitik ergoffen. Seine Rede brachte keine Sensationen.

Poincaré begann mit einem Rückblick auf die Finanzlage, wie er sie bei seinem Amtsantritt vorgefunden habe. Im Interesse des Budgets vergriff er dabei auf jede Art, die eine der wichtigsten Säulen der nationalen Einheit hätte wehe tun können. Dafür hielt er sich aber an den Sozialisten Gadios, Monnet, Leon Blum und Vincent Auriol bildeten die Heiligsche für die irischen Republikaner. Sein Werk habe sich ohne Schwierigkeiten vollzogen, obwohl er fastwegs die Hilfe der Währungs- und Exportgenossen habe. Die Aufgaben seien nun nicht mehr vorhanden, aber die jetzt schon erzielten Resultate seien sehr bedeutend.

Ungarn und Italien.

Von Hermann Wendel.

Ungarn und Italien haben von 1915 bis 1918 Krieg miteinander geführt. Italien gehört zu den Siegermächten, die Ungarn 1919 einen demütigenden Frieden aufzwangen. Ja, Italien nahm sich ein Stück Ungarns da seit ersten Jahren über die Grenze des Kreuzes von Szegedon weht. Aber statt der zu erwartenden kühlen Beziehungen zwischen beiden Staaten verbindet sie die tiefste Freundschaft; sie sind nicht nur seit vorigem Jahr in aller Form Bundesgenossen, sondern auch Spiegelmänner gefährlichster Art. Wer es noch nicht wußte, erfuhr es am 1. Januar 1928, als in St. Gotthard, Grenzstation zwischen Oesterreich und Ungarn, von österreichischen Zollbeamten fünf Waggons mit verdächtigem Inhalt leider zu spät angehalten wurden. Auf dem Frachtbrief stand „Maschinenteile“ und das stimmte; es waren Teile von Wormalmaschinen, die, zusammengepackt, mehrere Tausend Maschinengewehre ergaben. Italien schickte sie nach Ungarn. Zwar darf Ungarn nach den Bestimmungen des Friedensvertrages, zu dessen Bürger Italien gehört, keine Waffen beziehen, aber das tut nichts; Italien unterjagt dennoch die verbotene und deshalb heimliche Rüstung Ungarns.

Was die Regierungen in Budapest und Rom verknüpft, ist einmal die innere Wesensähnlichkeit. Ungarn sieht unter der Diktatur Hortikys wie Italien unter der Mussolinis. In Ungarn geht der Terror der „Erwachenden“ wie in Italien der der Faschisten. Hier wie dort ist, mit Zustimmung der höchsten Stelle, Mord das Mittel, sich oppositionelle Geister vom Hals zu schaffen; Ungarn hat seinen Fall Somogyi wie Italien seinen Fall D'Alati. In Italien ist das Parlament an die Wand gequetscht, und in Ungarn geht sich der Reichstag, dank der öffentlichen Wähl, durch Druck und Bestechung fast nur aus Kreaturen der Regierung zusammen. In Italien gibt es keine Pressefreiheit, und in Ungarn existiert allein im letzten Jahre die Redaktions des sozialdemokratischen Organs „Nepjawa“ über zwölf Jahre Gefängnis und über 25 000 Wengö Geldstrafe publiziert. Die besten Söhne Italiens irren als politische Flüchtlinge im Ausland umher, und eine große magyarische Emigration in Wien zeugt von der Schande des Systems, das in Ungarn obenauf ist. Italien betreibt die roheste Ethnalisierung seiner Deutschen und Südslawen, und auch Ungarn denkt nicht daran, seinen Deutschen und Slowaken die Winderheitsrechte zu gewähren. Kurz, ein Wunder wäre es, wenn nach allem Hortiky nicht zu Mussolini als seinem Herrn und Meister aufblühte, und Mussolini nicht Hortiky als seinen lieben Sohn betrachtete, an dem er Wohlgefallen hat. Gleiche Brüder, gleiche Kappen!

Aber fester noch lötet beide Herrschaftssysteme die auswärtige Politik aneinander. Wenn im Innern das Ungarn von 1928 an niederträchtig reaktionärer Gestirnung dem von 1914 nicht nachsteht, so haben auch nach außen Magnaten und Genies durch den Weltkrieg nichts gelernt und nichts vergessen. Ihnen fehlt jede Einsicht, daß Ungarn große Gebiete hauptsächlich deshalb eingekauft hat, weil die hier in der Winderheit befindlichen Magyaren andere Nationalitäten mit dem Stiefelabsatz regierten; statt dessen träumen sie Tag und Nacht von der Wiedereroberung des Verlorenen und sehen in Tschekoslawen, Rumänen und Südslawen, zu deren Staaten ehemals ungarische Gaue geschlagen wurden, als Erz- und Erbfeinde, mit denen abgerechnet werden muß. Wie Budapest auf Prag und Bukarest steht, ist der faschistische Außenpolitik höchst gleichgültig, aber daß Belgrad dem magyarischen Revanchegelüst ein Gegenstand des Hasses ist, erweist Mussolinis Herz. Denn Südslawen ist nicht nur das mächtigste Hindernis für die Durchbringung des Balkans, die dem italienischen Imperialismus als Ziel vorsteht, sondern das slawische Dalmatien liegt auch vor den Augen des geringen Faschismus als erlebte Beute da; eben erst wieder macht Mussolinis „Popolo d'Italia“ in einem giftgeschwollenen Artikel seinem „lieben Schmerz“, daß die dalmatinischen Städte in den Händen der „serbischen Hirten“ seien! Die Heinen Balkanstaaten hätten allen Grund, sich gegen die Raubtierneigungen des Faschismus fest zusammenzuschließen, aber wenn es dem „Duce“ gelang, Albanien völlig in eine italienische Kolonie zu verwandeln, Bulgarien durch die Hoffnung auf Makedonien zu lähmen und neuerdings auch Griechenland zu fesseln, so glückt ihm das erst recht mit Ungarn, das der heuchlerische Halbitalien Italiens im europäischen Südosten ist. Dieser Tage gab der Kardinal Seredy nicht nur als Vorführer der Kurie, die im Donauboden die Errichtung einer katholischen Monarchie erstrebt, sondern auch als Vertrauensmann des Faschismus, der den magyarischen Revanchewahn heilt und läßt, in Budapest ein; sehr kennzeichnend waren alle Reden, durch die er fuhr, auch mit italienischen Fähnchen geschmückt!

Was unter solchen Umständen die Entdeckung der Maschinengewehre auf Reisen in St. Gotthard enthält hat, nannte im Ausschuss des österreichischen Nationalrats der Sozialdemokrat Ellenbogen mit Recht „eine Verhöhnung Italiens mit Ungarn gegen den europäischen Frieden“. Den europäischen Frieden zu wahren, ist der Völkerbund berufen. Wie reagiert Genf auf St. Gotthard? Der Völkerbund ist leider noch eine zu schwerfällige Maschine, als daß sie sich in solchen Fällen zur Untersuchung erst in Bewegung setzt, wenn auf Antrag eines Mitgliedes der Völkerbundsrat also beschloßen hat. Die nächste Sitzung ist am 5. März. Kommt es dann zu solchem Antrag und zu solchem Beschluß, so wird ein Vierteljahr nach dem Zwischenfall verstrichen sein, ehe die „Investigation“, zu deutsch: die Suche nach den Spuren, beginnt, und die Herren Magyaren wären minder schlaue Fische, als sie sind, wenn sie bis dahin nicht die letzten Spuren verwischt hätten.

Was Deutschlands Aufgabe in dieser unerfreulich verwickelten Lage ist? Eines und nur eines: um jeden Preis den Ansehen zu vermeiden, als unterließe es, sei es auch nur einem abstrakten Prinzip zuliebe, jene Zollhäuser in Rom und Budapest, die Tag für Tag mit brennender Kerze über einem Pulverfaß hantieren.

Korruptionsstandal in England

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen ein Bestrafungsgegenstand.

London, 1. Februar. (Eigener Bericht.) Der britische Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes George geht im Verdacht, seine amtliche Stellung in Italien schiefverfälschen mißbraucht zu haben. Ein Untersuchungsausschuss soll die im Verlauf des Italienkrieges ergehenden gegen George und dessen frühere hohe Beamte erhobene Beschuldigungen prüfen. George hat im Jahre 1924 dem damaligen Ministerpräsidenten MacDonald gegenüber die Verantwortung für die Entlassung des britischen Sinsowjew dieses übernommen und in Abwesenheit MacDonalds die scharfe Note an Russland unterzeichnet.

Bermittleres.

Mannöverfreuden.

In einer französischen Provinz hat während der letzten Manöver ein Regiment vom münchener Heeresstab das beste Hotel requiriert. Die Offiziere waren von dem ihnen angebotenen Komfort höchst begeistert, ebenso ihre Dienerschaft. Als der Soldat nun eine entsprechende Rechnung präsentierte, wurde ihm nach dem Reglement nur ein Franc pro Zimmer und Abend als Zahlung angeboten. Es kam darüber zu einem Prozeß, in dem die „unheimliche“ Forderung des Hotelbesizers abgewiesen wurde. Der Hotelier hatte verlangt ein, oder auch der Pariser Kolonialgesellschaft hat nunmehr das erste Urteil bestätigt mit der Begründung, daß nach einer Reglementsvorschrift nur ein Franc pro Quartier pro Nacht und nur Anspruch auf 1 Franc pro Quartier pro Nacht habe.

Stadtheater
(Opernhaus)
Freitag 8:00
9:15, 10:30 Uhr
12. Abonn. Konzert
Serie C
„Die Prinzessin
von Savoyen“
Sonnabend
20 bis 22:15 Uhr
Der Krabbauer
Sonntag
19:30 bis nach 22:30
Gefühlsführung
in Anwesenheit
des Komponisten
„Das Wunder
der Helene“

Lobe Theater
Tel.: Ring 6774
Freitag, 21 Uhr:
Lobes Götter
Sagen Kämpfer
und ihre Schwestern
Die Menschenfreunde.
Drama v. Rich. Dehmel.
Sonnabend, 20 Uhr
(und täglich)
Uraufführung:
„Trommellieder“
Ein Heldenspiel
v. Alfred Döblis, deutsch
von Alfred Hoffmeister
Sonntag, 15:30 Uhr:
Zum letzten Male!
„Die Schwestern“
v. Heinrich von Kleist
u. Adelheid
Thalia Theater
Tel.: Ring 6740
Freitag, 20 Uhr:
Zum letzten Male!
„Die Säge“
Sonnabend, 20 Uhr
und täglich:
Zum ersten Male!
„Das Kamel geht
durch das Nadelöhr“
Lustspiel v. Konrad Duden
Sonntag, 15:30 Uhr:
„Zinnen“

Circus Busch
Schau-Arena
Kette der
Schauspieler
Heute ringen:
Koblenz - St. Paul
Stein - Ahrens
Balk - Sauer - Kasper
Entscheidungsrichter
Gottschalk - Kasper

Masken
elegant u. sauber, aus
2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100
Müllergasse 57, I

Lieblich-Theater
Otto Reutter
im Mittelpunkt eines sensationellen Programms
von 10 internationalen Varieté-Größen 10806

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 36300.
Freitag, Sonnabend,
Sonntag, 20 Uhr:
„Eine
Frau
von
Formal“
Sonntag nachm. 15:15 Uhr
„Ich hab' mein Herz
in Heidelberg verloren“
Montag, Mittwoch, 20 Uhr
„Gräfin Mariza“
Dienstag, 20 Uhr:
Drei arme kleine Venediger
Donnerstag, 20 Uhr:
„Ich hab' mein Herz
in Heidelberg verloren“

Breslauer
WELTBÜHNE
Ab Freitag, den 3. Februar:
Die große Faschingsrevue:
MORAL
Hauptrolle: ELLEN RICHTER 4403
und Fräulein Laura - seine Witwe
VERBÜRGEN ZWEI STUNDEN LACHSTÜRME!
Auf der Bühne:
Zwei Stuarts, unübertreffliche Akrobaten!
Wochentags: 6 und 8 1/2 Uhr
Sonntags: 4, 6 und 8 1/2 Uhr.

Warburg-Lichtspiele
Grübchenstraße 6/8a 4410
Unerwiderrlich nur bis Montag!
Bruno Kastner u. Anita Doris
in dem Liebespiel zwischen Speer und Donau
„Wien - Berlin“
7 Akte
Ferner: Eine der gewaltigsten Stimmleistungen
„Sündigt nicht an Eurem Leib“
6 Akte
Sonntag 5 Uhr: Dr. Müllers Vorstellung
Der große Wild-West-Schlager
„Der große Preis von Kentucky“
und Grottske

Druderei Volkswacht
Ausführung aller Drudereien
Breslau 2
Rinckstraße 416

Becker & Böhm
Spezialität: Moderne Büro- und
Ladenbeleuchtungen
Universitätsplatz 7
Telefon Ohle 319

TdN Fürstenstraße 32
Theater des Nordens
Ab Freitag:
DAS FASSADENGESPENST
und
Die Jagd nach der Braut
Beginn: Wochent. 8, 6.30, 8.45, Sonnt. 4.30, 6.30, 8.45
Samst. 3 Uhr: Jugend-Vorstellung

Nawroth's Festsäle
Groß-Mochbarn
(20 Min. von d. Endstation d. Gröbch. Straßenbahn)
Sonnabend, den 4. Februar:
Einweihungsfeier
Konzert - Gesang - Ball
Beginn 7 Uhr abends Ende ???
Für Rückfahrt ist gesorgt 53b

Messow
Waldschmidt
Unser
Inventur-Ausverkauf
ist in vollem Gange
Vieles, was Sie täglich brauchen,
das können Sie jetzt zu unseren
billigen
Inventurpreisen
kaufen
Die spottbilligen
Inventur-Ausverkaufsposten
in
**Damen-, Herren- u.
Kinderbekleidung**
Unsere Schaufenster
geben Ihnen die beste Auskunft 4418

**Unter großer billiger
Konserven-Verkauf**
wird fortgesetzt.
Auf die Original-Listenpreise gewähren wir für sämtl. Sorten u. Dosengrößen
Gemüse- u. Früchte-Konserven
einen Rabatt von **10 Prozent**
Nur beste reguläre Qualitäten von letzter Grade kommen zum Verkauf.

Miniraden	Butter
1. Klasse 1.20	1. Klasse 0.94
2. Klasse 1.00	2. Klasse 0.84
3. Klasse 0.80	

Preßringe
1 2 4 8 Stück-Preis
1.20 1.80 2.80 4.80

Breslauer Kaffee-Köcher
Otto Siebier
Breslau, Springergasse 5 und 31

Masken
Mumsonst
möglich aber 2.00
von 1.00
Große Auswahl!
Klebe
Chamäleon 3
in der Feldstr. 3
Die gute billige
Skat-Karte 75 Pl.
enthält 412
C. Kroschauer
Schneidbische 25b

Berücksichtigt unsere Inserenten!
Nähmaschinen
Original Phönix
für jeden Bedarf
Zahlungserleichterung
Reparaturwerkstatt für alle Systeme 4404
Jul. Dresler & Co. + Ring 6
Farnet Ohle 661

Das gute - billige Buch

Alexis: Hofen des Herrn von Bredow.
Brachvogel: Friebeemann Bach.
Zulwer: Niemi.
Zulwer: Untergang von Pompeji.
Casanova: Abenteuer.
Dumas: Graf von Monte-Christo.
Dante: Göttliche Komödie.
Diderot: David Copperfield.
Diderot: Über Lärm.
Dostojewski: Ein Verdächtigter.
Freitag: Das Reich der Zauberkräfte.
Freitag: Aus einer kleinen Stadt.
Freitag: Ingo und Ingriden.
Freitag: Mantos König.
Freitag: Die Brüder vom deutschen Hause.
Flaubert: Salammbô.
Gauguin: Bilder von Notre Dame.
Goldenes Papier
Fadenheftung
Taschenbuchformat, 160 S. Gr. 10 x 15 cm. Preis 4.- Mk. Goldoberschnitt und Kasseite
Taschenbuchformat, 160 S. Gr. 10 x 15 cm. Preis 4.- Mk. Goldoberschnitt und Kasseite

Hölderlin: Gedichte und Briefe.
Gumboldt: Briefe an eine Freundin.
Jacobsen: Frau Marie Grubbe.
Külpe: Rote Tage.
Keller: Martin Salander.
Keller: Züricher Novellen.
Ludwig: Zwischen Himmel und Erde.
Mörike: Ausgewählte Dichtungen.
Rathaus: Einabeth.
Royalis: Dichtungen.
Reichardt: Aena Sahid.
Schaffel: Ettehard.
Storm: Immensee u. andere Novellen.
Scott: Ivanhoe.
Sienkiewicz: Dyna Dogma.
Turgenev: Väter und Söhne.
Tolstoi: Auferstehung.
Zola: Die Stunde des Abbé Mouret.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. Februar 1928.

Die Prozente.

In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind die Prozente das geflügelte Wort. Sie sind der Höhe, den alle Kapitalisten anbeten, ganz gleich, ob sie nebenher auch treue Diener dieses oder jenes Gottches sind.

Wie blindlings die Finanzkräftigen dem Rufe der Prozente folgen, wußten jene Millionenbetreiber, die im ganzen Reich von sich reden machen, ganz genau. Mithelos floh ihnen das Geld in Strömen zu, denn sie hatten es ganz instinktmäßig verstanden, dem kapitalistischen Parasitentum an die empfindsamste Seele zu greifen, die sich zum Gößen Mammon neigt.

Der Taumel ist aus! Einer der nichts besaß, hat aus den Vermögen der anderen, die viel verdienen wollten, für sich selbst Prozent geschmiedet. Er hat die Vermögen der Profitjäger verprozentiert. Die irdische Gerechtigkeit erteilt den ruchlosen Betrüger. Er wird vor den Schranken des Gerichts seine Süße büßend bekommen.

Sozialdemokratische Beamte.

In diesem Monat macht sich wieder eine Zusammenkunft aller in der SPD. organisierten Beamten bei allen Behörden notwendig. Die Sitzung ist auf

Mittwoch, den 8. Februar, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6 (durchs Restaurant). Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Hallo! Die Naturfreunde im Culengebirge.

Unter diesem Titel veranstaltet die Ortsgruppe Breslau am Sonnabend, den 4. Februar und Montag, den 6. Februar, in allen Sälen des Gewerkschaftshauses ihr alljährlich wiederkehrendes Gebirgsfest.

Billetts sind am Büfett des Gewerkschaftshauses zu haben.

Hallo! Hallo! Naturfreunde fest im Culengebirge. Sonnabend, den 4. u. Montag, d. 6. Febr. in allen Sälen des Gewerkschaftshauses.

Gebirgsdecoration

Schiller'scher Humor :: Baudenzauber Baudenzauber :: Würfelwade: Gilderäder Touristen- und Wanderkunst ist erwünscht Beginn 7 Uhr Ende 2 Uhr

Eintrittspreise: Sonnabend: Herr. 1.40, Dam. 1.00 Mk. Montag: Eintrittspreis 1.00 Mk.

Jahresbericht der Arbeiter-Zentral-Bibliothek.

In dem freundlichen Heim unserer Bibliothek im Gewerkschaftshause entwickelte sich auch in dem verflohenen Geschäftsjahre 1927 ein reges Leben.

Es ließen sich vom 1. Januar bis 31. Dezember 1844 Männer, 728 Frauen und 148 Kinder als ständige Leser eintragen. Diese Zahlen hielten sich schon in den letzten beiden Jahren ungefähr auf der gleichen Höhe, während sie gegen das Jahr 1925 eine Steigerung darstellten.

Nach dem wertvollen gestellten sich die Zahlen der ausgeliehenen Werke in den einzelnen Gebieten. Die Gesamtzahl der Ausleihe betrug in diesem Jahre 42365 Bände. Davon entfielen auf die Werke unserer Dichter (die schöne Literatur) 30175 Bände, auf belehrende Werke 12190 Bände.

Die einzelnen Wissensgebiete wurden wie folgt benutzt: Geschichte 1808 Bände, Biographie 1227 Bände, Reisen 3250 Bände, Naturwissenschaften 1876 Bände, gegen 1287 Bände im Vorjahr, Gesellschaftswissenschaft und Sozialismus 1094 Bände, Technik 786 Bände, Philosophie 249 Bände; die fehlende Summe verteilt sich auf kleinere Gebiete.

Der Katalog führt die Bücher nicht nur auf, sondern gibt neben übersichtlicher und sachlicher Einteilung des Stoffes zugleich auch in wichtigen Abteilungen kurze Charakteristiken und Inhaltsangaben der einzelnen Werke. So in Naturwissenschaften, in Technik, in Philosophie, in Sport, in Kunst und Musik.

Genau gelesen werden auch Lebensbeschreibungen, von denen unsere Bücherei recht bemerkenswerte besitzt. Dem Geschmade unserer Leserschaft entsprechen am meisten Biographien der Männer und Frauen, die, obgleich in den ärmlichsten, bedrücktesten Verhältnissen geboren, sich unter unfählichen Mühen und nimmermüdem Streben doch durchgerungen haben zu führenden Persönlichkeiten.

Achtung! Betriebsräte!

Am nächsten Dienstag, pünktlich 19 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses:

Schulungsabend.

Genosse Wilhelm Winger

feiert heute seinen fünfzigsten Geburtstag. Er kam im Jahre 1907 als Angestellter des Bäcker-Verbandes nach Breslau. Hier gründete er zusammen mit Friedrich Schlegel und Hermann Zimmer, dem heutigen Oberpräsidenten, den Konsum- und Sparverein „Vorwärts“.

Erdb- oder Feuerbestattung.

Kürzlich starb der Fleischermeister Spille aus Lohe an Milzbrandvergiftung. Er hatte eine auf dem Dominium angehörende Kuh in den Mund genommen. In Wirklichkeit war die Kuh an Milzbrand vergiftet. Bald darauf erkrankte der Fleischermeister zeitungslos und starb in Breslau.

Die Wissenschaft gibt also unumwunden zu, daß die so überaus gefährlichen Milzbrand-Bakterien nur durch Verbrennung restlos vernichtet werden können. Es stellt sich nun die Frage ein: Ist man absolut sicher, daß die Milzbrand-Bakterien des in einem Erdb- oder Erdbestattung begrabenen Leichnams unschädlich gemacht sind?

Karl Fischer, Meta Fiegner, Ottilie Baader, Adelheid Popp, Wenzel Holec, Amalie Dietrich.

Ein Vergleich der Anzahl aus dem Gebiete Technik entliehenen Werke bestätigt, daß viele unserer Mitglieder noch nicht wissen, auch bei uns Bücher zur Berufsbildung vorzufinden, obwohl sich unser Bücherbestand auch in dieser Hinsicht großer Vielseitigkeit erfreut.

Die alle übrigen so bedeutend übertragende Ausleihung der schönen Literatur ist leicht verständlich. Jeder Mensch hat das Bedürfnis, nach des Tages Arbeit auszuruhen oder sich von den Sorgen des Alltags und leider häufig von der Not einmal abzuwenden. Aus schönen Dichtungen, zu denen ja auch viele Romane gehören, schöpft er dann gern Erholung, Freude und Genuß.

Eine kleine, jedoch beständige Lesergemeinde zieht sich mehr literarische Feinheiten vor als Werke von Dehmel, Eulenberg, Klafsch, Geyerham, Arno Holz, R. F. Meyer, Romain Rolland, J. V. Jensen, A. Stifter, Timmermann, Wassermann, Bruno Wille.

Besonders befriedigend ist es feststellen zu können, daß auch die Antikriegsliteratur so hervorragender Dichter wie Andrejew, Barbusse, Kom. Kolland, E. Loller, Berta Sutner, Leonh. Frank, U. Ullis, die uns den Wahnsinn und das Menschheitsunwürdige des Krieges eindringlich vor die Seele stellen, stets ihre Freunde und Begleiter findet.

Nicht vergessen soll werden, daß unsere Bücherei selbstverständlich auch die Werke aller der Arbeiterdichter führt, die in Nummer 15 der „Volkswacht“ vom 18. Januar eingehender vom Genossen K. K. besprochen wurden.

Am meisten gelesen werden bei uns die Dichter mit starkem sozialem Einschlag, die es verstehen, Einzelgeschickale oder Schicksale ganzer Stände und Klassen fesselnd darzustellen, die uns zeigen, wie bewundernswert und erschütternde Charaktere oft in dem einfachsten Menschen zu finden ist, die uns aufreizen und begeistern mit ihrer passenden Darstellung des gewaltigen Kampfes und Ringens der Ausgebeuteten gegen den Kapitalismus.

Zuletzt will ich erwähnen, daß diejenigen Leser, die sich durch die Lektüre heiterer Dichtungen einmal ihre Lebensgeister auffrischen wollen, auch in unserer Bücherei eine Anzahl guter Humoristen vorfinden.

Die Überprüfung der hier genannten Schriftsteller, noch mehr ein Einblick in unseren Katalog ergibt, daß sich unsere Bücherei von minderwertiger oder gar Schundliteratur freihält, denn dem Arbeiter mit seinen wenigen und teuer erkauften Mußestunden darf nur das Beste und für ihn Zweckmäßigste geboten werden.

In alledem zeigt sich die hervorragende Bedeutung, die unserer Bibliothek als Bildungseinrichtung für unsere Arbeiterschaft zukommt. Leider haben das manche noch nicht erkannt, die ihre freie Zeit lieber ungenützt verstreifen lassen, als sie besser mit der Lektüre eines guten Buches aus unserer Bücherei auszufüllen. Möchte das laufende Geschäftsjahr auch sie alle unserer Lesergemeinde zuführen.

Bei und keinerlei Bedenken bestehen, die Freunde der Feuerbestattung aber fragen: Warum denn eine Gefahr überhaupt heraufbeschwören, — mag sie noch so gering sein —, wenn sie durch die Feuerbestattung restlos und unbedingt vernichtet werden kann. Es gibt in hygienischer Beziehung keine bessere Bestattungsform, als die Feuerbestattung. Nur durch Verbrennung werden alle Ansteckungskeime restlos vernichtet.

Steuerkalender für Februar 1928.

- 6. Februar: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die Zeit von 16. bis 31. Januar 1928. Keine Schonfrist.
15. Februar: Einkommensteuer der Landwirtschaft in Höhe eines Viertels der im letzten Steuerbeleg festgesetzten Steuer Schuld. Keine Schonfrist.
13. Februar: Vermögenssteuer. Vorauszahlung eines Viertels der im Steuerbeleg festgesetzten Steuer Schuld. Keine Schonfrist.
15. Februar: Gewerbesteuer für das erste Vierteljahr 1928 in Höhe eines Viertels der festgesetzten Steuer Schuld. Keine Schonfrist.
13. Februar: Grundvermögenssteuer nebst Gemeindezuschlag und Hauszinssteuer in Höhe des Vormonats. Keine Schonfrist.
15. Februar: Letzter Fristtag für Steuererklärung zur Einkommen-, Körperschafts-, Umsatzsteuer.
20. Februar: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die Zeit vom 1. bis 15. Februar 1928. Keine Schonfrist.
22. Februar: Steuerabzug vom Arbeitslohn. Ablauf der Frist für Einreichung der Lohnsteuer-Verrechnungsbücher für 1927 durch die Arbeitgeber und für Ablieferung von Steuerkarten und Einlagebogen durch die Arbeitnehmer. Keine Schonfrist.

Theater und Kunst.

Klavierabend.

Milja Levigli, der hier noch wenig bekannte Pianist, spielte im Kammermusiksal vor vollem Hause und wachte mit seinen Vorträgen Aufmerksamkeit und Begeisterung. Mit welchen außergewöhnlichen Mitteln fängt er sein Publikum? Alles Technische ist bei ihm so höfentlich, daß er es nicht nötig hat, mit angereicherter Virtuosität zu arbeiten; sein Spiel ist also völlig maßgebend. Auch zu den Spielern überströmenden Gefühls gehört er nicht. Seine Kunst schöpft er vor allem aus dem Geist. Eine Gestaltungsflucht und -eindeutigkeit, die kaum ihresgleichen hat, formt das melodisch-lyrische Element zu plastischen Gebilden um, die man greifen zu können meint, auch im Dynamischen und in der Akzentuierung. Diese diese kurze, überzeugende Darstellung vor. Dem ist es aber wohl am liebsten, wo er diesen Vorzügen nach den der Persönlichkeit, Vorreife und Eleganz beigemessen darf, also eine bei einem der auch reichlich verteilten war. Kleinere originelle Charakterstücke der modernen Kunst sind ebenfalls mit geschicktem Gefühl nachgezeichnet, aber auch der Reiz des Spasmodischen ist demnach voll und ganz gewahrt. Fortsetzung des Klavierabends am nächsten Freitag.

Generalversammlung des „Volkstheaters Breslau“

Am Januar fand die 15. ordentliche Generalversammlung... Der Chor besteht zurzeit aus 223 Sängern und 46 nichtsingenden Mitgliedern.

Dem Ruf der Partei und der Gewerkschaften folgte der Chor sehr oft und trug auch hier zu dem Kulturkampf... Der Vorstand dankte den Mitgliedern für die rege Mitarbeit.

Der Volkschor wird sich im Jahre 1928 an dem 1. Deutschen Arbeiter-Sängerfest in Hannover beteiligen... Am 1. Pfingstfesttag findet ein Morgenkonzert im Schillerpark statt.

Die Übungsabende finden statt: Frauenabteilung jeden Freitag von 8 bis 10 Uhr abends im Gewerkschaftshaus...

Was soll die „Landeskonferenz der Gewerkschafter“?

Opposition gegen den kommunistischen „Bund der Gewerkschafter“

Der gestern das höchste, nicht von Gewerkschaftern in der Bund der Gewerkschafter einberufene Versammlung im Zentralbauhaus...

Interessant war immerhin die Meinung von dem letzten Jahres Delegiertenrat Karl, bezeichnend, eine Durchführung über Ausgabe und Erneuerung des Bundesorganes...

Alles in allem: Der „Bund“, einer kommunistischen Propaganda entgegen, hat sich in einer großen Mehrheit bei der Gewerkschaften erklärt...

Es ist ein seltsames Ende, das die Gewerkschaften für die Gewerkschaften anhängende Arbeit der SPD, aus der freien Gewerkschaften bestimmt beigetragen.

Chöre aus Schweden und Dänemark

Der Chöre wollen, daß sie mit ihnen wieder eine große Sache bei Gedenk, Markt und Festtagen verbinden...

Wichtig, Jungvolksgesellschaft „G. V. Germania“

Seine 20. Jahrestag in der Besondere am Schluß einer neuen Arbeitsgemeinschaft der Jungvolker...

Gewerkschaftliches Lichtspiel

Montag abend 8 Uhr im Kino ?

„Die Weber“

Das Schauspiel aus dem 16. Jahrhundert

Das Schauspiel aus dem 16. Jahrhundert

Kraftwagenfahrt zur Grenzbaude.

Der Schließende Verkehrsband schreibt uns: Da nach dem offiziellen Wetterbericht...

Das neue Wien.

In der dritten Februarwoche, nämlich Montag, den 13., Dienstag, den 14., und Mittwoch, den 15. Februar...

Der Film zeigt die Bauten der Gemeinde Wien, und zwar sowohl Wohnungsbauten als auch Bauten von Säulern, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen...

Arbeiter-Bildungsausschuss Breslau.

Gewerkschaftshaus-Bücherei

Seit dem 1. Februar sind wesentliche Veränderungen bei den Filmvorführungen durchgeführt worden...

Die Straßenbahnen sollen nur zehn Mark bekommen.

Der kommunistische Antrag auf Gewährung eines höheren Lohnes wurde von den Delegierten abgelehnt...

So informiert die angebliche „Arbeiter-Zeitung“ ihre Leser über den von uns bereits berichteten Ausschuss...

Einer Hochschule fordern, in der Kammer, der Magistrat wird nicht einmal zehn Mark geben...

Breslau als bestmöglicher Verhandlungsort.

Bei der deutsch-polnischen Handelskonferenz, die am 22. Januar in Berlin tagen wird...

Der Arbeiter im Bild

Seine Arbeit, seine Ruhe, sein Leben bei der Firma...

Was der Gewerkschafter verlangt

Der Arbeiter verlangt, daß er sich wieder auf freier Fuß bewegen kann...

Das neue Gewerkschafts-Bücherei hat bei der Stadtbibliothek...

Breslauer Volkstheater. Zu der letzten Vorstellung des Märchens „Christkindleins Märchenwald“...

Berein des Breslauer Einzelhandels. In der Mitgliederversammlung am 7. Februar...

Kleingüterzüge läßt die Reichsbahndirektion Breslau vom 1. Februar dieses Jahres ab zur Beförderung eiliger Frachten...

Der Ringkampf im Zirkus Busch. Die Donnerstagkämpfe wurden eröffnet durch eine Begegnung zwischen Stecker und Stolz...

Der Zentralverband der Angestellten hält Sonntag, den 5. Februar, im Gewerkschaftshaus ein Wintervergügen...

Die freie Mandolin- und Gitarren-Vereinigung hat wieder eine neue Gruppe zusammengestellt...

Rosenmontag. Auf Anregung zahlreicher Rheinländer und Rheinlandsfreunde...

Veränderte Dienstkleidung für die Postbeamten wird eingeführt. Grundfarbe für Joppe und Mütze ist dunkelblau...

Die Arbeiterkassen beschließen. Die gestrige Polizeiverordnung über einen Einbruch beim Konsumverein...

Beim Abfragen von der Straßenbahn verunglückt. Als am Donnerstag vormittag an der Ecke Frankfurter und Grenzstraße...

Bon einem Führer überfahren wurde am Donnerstag mittag in der Schulbrücke am Neubau von Petersdorf...

Häßliche Szene. Am Mittwoch abend fiel die Frau eines Schlossers H. eine ihr bekannte andere Frau auf der Dessauerstraße...

Zentralverband der Angestellten

Ortsgruppe Breslau

Am Sonntag, den 5. Februar

begehen wir in den festlich geschmückten Räumen des Gewerkschaftshauses unser

Winter-Vergnügen

Parole: Ein Tag im Eulengebirge

Ein Tag im Eulengebirge

Ein Tag im Eulengebirge

Ein Tag im Eulengebirge

Ein Tag im Eulengebirge

Ein Tag im Eulengebirge

Für die Frauen

Der kranke Arbeitslose.

„Herr Doktor, sagt, wie steht's um meinen Mann?“
Frägt an der Tür, noch in leisem Wanken,
die arme Frau, auf deren bleichen Wangen
die Sorgenfräne brennend niederrann.

„Ja, hohe Frau,“ bedenktlich er begann,
„bis jetzt ist's wohl erträglich noch gegangen,
doch hat die Krise kaum erst angefangen,
und schwarz, von Kräften sehr ist euer Mann.“

Gibt ihm ein Süppchen, rührt ein Ei hinein,
gibt täglich ihm ein Stückchen zarten Braten
und ab und zu ein Schlückchen guten Wein.“ —

Der Doktor ging, nachdem er so geraten. —
Die arme Frau steht still im Raum allein
und flüstert bang: „Ein Süppchen, Wein und Braten.“
Adolf Maehle.

Das Weib.

Von Michael Sosaitschenko.

Der Richter sah die Angeklagten scharf ins Auge. Es sind ein Mann und eine Frau, die der verbotenen Spritzbrennerei beschuldigt werden.

„Angeklagter,“ fragt der Richter, „Sie bekennen sich also nicht schuldig?“

„Nein,“ jagte der Angeklagte, „ich bekenne nicht. Sie allein ist an allem schuld. So soll sie auch die Folgen tragen. Ich weiß von nichts.“

„Hören Sie mal,“ sagt der Richter, „Sie leben mit Ihrer Frau in gemeinsamer Wohnung und wollen nichts wissen? Sie wissen nicht einmal, womit Ihre Frau sich beschäftigt?“

„Ich weiß nichts, Bürger Richter. Sie ist an allem...“

„Sonderbar,“ sagt der Richter. „Angeklagte, was sagen Sie dazu?“

„Es ist schon wahr, Herr Richter, es ist wahr... Ich bin an allem schuld... So bestrafen Sie auch nur mich!... Er steht in keinem Zusammenhange damit.“

„Bürgerin,“ sagt der Richter, „wenn Sie Ihrem Mann aus der Tasche helfen wollen, so ist Ihr Bemühen vergebens. Das Gericht wird es ohnehin aufdecken... Sie hatten nur die Verhandlung auf. Sagen Sie selbst: Ich kann Ihnen doch nicht glauben, daß Ihr Mann in der gleichen Wohnung lebt und nichts weiß... Oder leben Sie etwa nicht mit ihm zusammen?“

Die Angeklagte schweigt. Der Angeklagte nicht erheut mit dem Kopfe. „Ich liebe nicht mit ihr zusammen,“ sagt er. „Das ist es eben; ich liebe nicht mit ihr. Manche Leute glauben, daß ich mit ihr zusammenlebe, aber ich tue es nicht. Sie ist an allem schuld.“

„Ist das wahr?“ fragte der Richter die Angeklagte. „Es ist schon wahr. Bestrafen Sie mich allein! Er hat keinen Anteil daran.“

„So?“ fragt der Richter. „Sie leben nicht zusammen? Wie kommt denn das? Lassen Sie im Charakter nicht zueinander?“

Der Angeklagte nickt wieder. „Der Charakter, Bürger Richter, und dann überhaupt... Sie ist auch älter als ich und...“

„Das heißt, immerfort älter?“ fragt die Angeklagte. „Wir sind Altersgenossen, Bürger Richter... Nur einen Monat bin ich älter.“

„Das ist wahr,“ sagt der Angeklagte. „Nur einen Monat. Da spricht sie die Wahrheit, Bürger Richter. Aber beim Weibe ist jeder Monat wie ein Jahr... Und bei vierzig Jahren...“

„Es sind nicht einmal vierzig! Er sagt, Bürger Richter.“

„Nun, wenn's auch noch keine vierzig sind, so sind doch auch 39 für das Weib ein beträchtliches Alter. Und bei vierzig gib's schon graue Haare und überhaupt...“

„Was überhaupt?“ empört sich die Angeklagte. „Sprich nur zu Ende! Es sieht dir nicht an, mich vor allem Bosse zu beschämen. Was überhaupt?“

Der Richter lacht. „Ich meine ja gar nichts, Maruzschka... Ich rede nur so. Ich sage überhaupt. Die Haut ist doch auch nicht mehr wie früher, und mit vierzig Jahren gib's schon Runzeln... Ich liebe nicht mit ihr, Bürger Richter.“

„Steht es so?“ schreit die Angeklagte. „Die Haut ist nicht mehr nach deinem Geschmack? Die Runzeln gefallen dir nicht. Du Hundesohn!“

„Du hast dir vorgenommen, mich vor den Leuten zu beschämen? Er lügt, Bürger Richter. Natürlich lebt er mit mir, der Hundesohn. Und den Spritzbrennapparat hat er selbst gekauft... Und ich verberde mit wegen dieses Hundesohnes das Blut. Ich rette ihn, und was tut er? Er beschämt mich. So mögen Sie uns auch zusammen richten!“

Die Angeklagte weint und schneuzt sich laut mit dem Taschentuch. Der Angeklagte blüht bestürzt auf die Frau. Dann fuchelt er verzweifelt mit den Händen: „Ein Weib, ein richtiges Weib, ein Teufelsweib! So mag es denn sein, Bürger Richter! Auch ich... auch ich bin schuldig, wenn es denn sein muß. O du Luder!“

Der Richter berät sich mit den Beisitzern.
(Aus dem Russischen übertragen.)

Das unsichtbare Königreich.

Wir waren in Königstein, am Ausgange des Tannus, 350 Meter hoch. Mitten im Winter war's. Lotte, die zehn-jährige, sollte sich von allen Kuscheln einer schweren Krankheit erholen, und die Mutter mußte natürlich mitkommen. Als zwei gute Kameraden verließen wir unsere Tage, lernten und spielten miteinander und wanderten hinaus in den lockenden Sonnenwinterland oder ins Schneegelände, wie es gerade war. Denn ihr die Wärme solcher Gänge durchs verschneite Gehege? Weit und breit ist kein Laut zu hören. Der Schnee knirscht unter den Füßen. Die Sonne läßt das Gesicht, das Baum und Strauch angetan haben, in laublos bunten Farben aufblühen. Schier freudig freudig über die moelligen Lauben und Wälder, die der Schnee sich schuf. Wenn wir dann droben, wo die Luft so rein ist, uns von der Zukunft lösen, die reine, helle Luft mit vollen Lungen einatmen und den Blick hinausgehen lassen über die verschneiten Wälder nach der königlichen Burg und über das blühende Städtchen, das sich ihr zu Füßen lehnt, und weiter und weiter hinaus über die von Dörfern und Wäldern durchsetzte Ebene bis hinüber an den Main, dessen Silberband in der Sonne aufblüht — dann, ja dann ist Zeit, laut zu träumen. Klein-Lotte fragt: Mutter, wo ist da, was das ist, das unsichtbare Königreich? Ich hab' eine Geschichte gelesen, da kommt ein unsichtbares Königreich bris vor. Da möchte ich auch gern wissen, was das ist.
Das unsichtbare Königreich? Ich besinne mich einen Augenblick. Dann weiß ich's auf einmal. „Sieh dich mal um, Kind!“ beginne ich. „Es ist hier nicht fern. Da sitzen wir so warm und gemütlich in der Sonne wie am liebsten Sommerstage. Und aus dem fern hat der Schnee eine richtige Saubermilch aufgedaut. Die Sonne, die der Hauptgott der Welt — denn sie bringt uns mit

anzusehen, und dann werden wir schon froh — hat diese Welt mit Blumen und Kristallen und mit tausend bunten Farben ausgeschmückt. Warm liegt sie auf der Erde, in die der Winter unser weites, schönes Heimatland eingehüllt hat. Wir Glücks-kinder sind mitten in all dieser Herrlichkeit. Uns gehört sie, so weit unser Auge reicht, und weiter, viel weiter, so weit unsere Sehnsucht fliegt. In ein paar Wochen wird's hier aber anders ausschauen. Da werden tausend Wasser und Wasserlein zu Tal rieseln. Schneeglocken und Krotus werden die schüchternen Köpfe dem Licht entgegenwenden. Ein harter Wind wird durch die Bäume fahren, daß der letzte Schnee sich löst und mit ihm das tote und dürre Geäst. Noch ein paar Wochen später werden wir wieder hier auf der Bank sitzen und uns im blanken Sonnenschein vom Süden nach Waldmeister und Waldstumpen ausruhen. Wenn wir so dastehen, werden zutrauliche kleine Vögel bis dicht vor unsere Füße hüpfen, und ein vielstimmiger Chor jubelnder Lebenslust wird uns non frisch begrünten Zweigen entgegen-schallen. Auch das alles wird uns gehören, uns und allen Menschen, die gleich uns sich an all der Schönheit freuen, sie durstig in sich hineintrinken und so viel davon mit nach Hause nehmen, daß auch über ihren Alltag ein helles Leuchten fällt.
Gelt, Kind, jetzt verkehrt du mich? Wenn etwas uns gehört zu unserer freien Verfügung, dann sind wir doch herrlicher darüber und sind Könige. Dann haben wir es doch, das unsichtbare Königreich, und — was das Schönste dabei ist — niemand kann es uns nehmen.“
Ein verstehender Blick aus tiefen, lichtbraunen Augen traf mich. „Ja, jetzt versteh' ich's. Aber sag, Mutter, woran kann man merken, daß einer das unsichtbare Königreich hat?“
„Das sieht man ihm an den Augen an, genau so, wie man es auch sieht, wenn einer es durch eigene Schuld dauernd oder zeitweilig verloren hat. Wer das unsichtbare Königreich hat, in dessen Augen ist ein besonderes Leuchten. Schau mich an! Nahezu, heute hast du's. Aber vorgertern, als es dir, wie du sagtest, zu langweilig war, immer denselben Weg zu gehen und du vor dich hin schmollest, da hatte ich es nicht. Sag mir mal aufrichtig: nicht wahr, da war dir gar nicht gut zu Mut?“
Lotte nickte. „Ja, und ich werde mir Rüge geben... du, Mutter, das mit dem unsichtbaren Königreich werde ich nie vergessen.“
Es war Zeit zum Aufbruch geworden. Als wir so Hand in Hand zu Tale stiegen, dachte ich: Ach, ihr Mütter, könnt ihr nicht alle euren Kindern ein unsichtbares Königreich geben?“
Henriette Fürth.

Die Familienzeitschriften-Industrie.

Industrie? Jambuhl — Industrie! Die wenigsten Menschen werden sich einen Begriff davon machen können, was dieser Industriezeitung heutzutage in Deutschland materiell und ideell bedeutet. Vom völkischen „Dahem“ über die „Gartenlaube“ bis einst der Demokratie Keil gründete, und die heute im Scherz-Verlag nationalitätliche Propaganda macht, über die angeblich „farblosen“ Hausfrauenblätter bis zu den ausgesprochenen Witzzeitschriften zieht sich eine lange, lange Reihe von Zeitschriften, die zu hunderttausend und aberhunderttausend Exemplaren in den deutschen Familien geleitet, ja vertrieben werden. Alljährlich „Blatt der Hausfrau“ darf allein eine Auflage von 330 000 melden. Man greift nicht zu hoch, wenn man die Weltanfrage dieser bürgerlichen Familienblätter auf 1 1/2 Millionen beziffert. Das heißt also, daß jede 10. Familie bei uns in Deutschland eines dieser Blätter liest. Dazu kommen dann noch die verschiedenen „Magazine“ und „Illustrierten“ mit einer Auflage von mindestens 2 1/2 Millionen.

Kein Zweifel mir haben es hier mit einer Macht zu tun, die der Macht der Tagespresse sicherlich gleichkommt, ja, sie wohl noch übertrifft. Denn diese Blätter werden gerade von den politisch noch unklaren Frauen und der heranwachsenden Jugend gelesen. Die politische Beeinflussung, die tropfen- und taupfropfenweise erfolgt, ist hier leichter, unauffälliger als dort, wo man ohne weiteres Politik vermutet. Können wir uns darüber wundern, daß der Kapitalismus dieses sein Machtmittel mit allen Kräften zu vergrößern und zu verschärfen trachtet? Ist die Familienzeitschriften-Industrie von Tag zu Tag an Umfang und damit an Bedeutung zunimmt?

Für die Sozialdemokratie, deren Wähler, wie schon aus den wenigen angegebenen Zahlen erkennbar ist, heute noch in großen Massen zu den Lesern dieser Blätter zählen, bedeutet die Familienzeitschriften-Industrie eine politische Gefahr, deren Größe man vielleicht allzu lange unterschätzt hat. Gerade an der Schwelle des Wahljahres 1928 dürfte es aber an der Zeit sein, daß wir uns dieser Gefahr bewusst werden, und daß wir alles, was in unseren Kräften steht, tun, um sie abzuwenden. Die Arbeiterbewegung ist schon finanziell nicht in der Lage, den Duzenden dieser Familienzeitschriften Duzende eigener Zeitschriften entgegenzustellen, aber sie vermag der einen Frauen- und Familienzeitschrift, die sie selbst gegründet hat, die Fleisch von ihrem Fleisch und Geist von ihrem Geist ist, Eingang in die Häuser der Arbeiterklasse zu verschaffen. Sie vermag den 1 1/2 Millionen Lesern oder Leserinnen bürgerlicher Familienblätter eine ebenso oder mindestens ansehnlichere Zahl von Leserinnen ihrer „Frauenwelt“ entgegenzustellen, wenn sie nur will!

Die Voraussetzungen dafür hat der zentrale Parteiverlag zum Beginn dieses Wahljahres geschaffen. Er hat durch die Vergrößerung des Anlages und die Vermehrung der Reichhaltigkeit der „Frauenwelt“ — ohne jede Preisserhöhung — die einzige Familienzeitschrift auf dem Boden unserer Weltanschauung, tatsächlich zu billigeren dieser Zeitschriften überhaupt gemacht. Er hat außerdem, den Wünschen der Frauenkonferenz Rechnung tragend, die Redaktion einer in der Bewegung bewährten Frau übertragen, deren Aufgabe es sein wird, während der härtesten politischen Kämpfe dieses Jahres als Frau zu den Frauen zu sprechen, ohne daß der Charakter des in erster Linie zur hauswirtschaftlichen Beratung und zu entsprechenden Unterhaltung bestimmten Blattes dadurch irgendwie beeinträchtigt werden soll. Auch die Kinder sollen in einem solchen Familienblatt auf ihre Rechnung kommen, wie sie bisher schon immer die eifrigsten Werber für ihr Blatt gewesen sind.

Die Hauptsache aber ist und bleibt, daß wir uns endlich dazu entschließen, den Kampf für unsere Presse auch auf die Familienzeitschriften auszudehnen, daß wir es nicht länger haben, daß unser Kampf um die Eroberung der politischen Macht durch eine geschickte, sozialistische Frauenpresse über alle Kräfte hinweg wird. Erst wenn alle die Initiation für die mit unserer Kraft, aus unserem Geist geschaffene „Frauenwelt“ als politische als parteigegenständliche Tätigkeit erkennen, werden wir dazu kommen, der Familienzeitschriften-Industrie einen wirksamen Damm auf unserem eigenen Grund und Boden entgegenzusetzen. Die Zeit ist reif — handeln wir!

Man bestellt die „Frauenwelt“ (vierteljährlich, 24 Seiten stark mit farbigen Umschlag 30 Pfennig, mit Schmitzmeisnerhofweg 40 Pfennig) bei jedem Fraktionär, bei jedem Kolporteur, bei jedem Zeitungsboten, bei jeder Zeitungsverhandlung sowie direkt beim Zentralvertriebstag, S. 2. Die Zeitungsboten...
Bestellungsformulare...

Rembrandt und die Frauen.

Rembrandt, der große Maler des „Goldenen“ 17. Jahrhunderts der Niederlande, ist auch uns modernen Menschen nach ein psychologisches Problem, aber wir bringen dem Künstler, der in der zweiten Hälfte seines wechselvollen Lebens der Maler der Verstorbenen und Enterbten wurde und mit seiner Kunst zuerst in das Leben des Proletariats hineinleuchtete, ein tieferes Verständnis entgegen als das vom Genuß überfüllte Großbürger-tum jener Zeit. Die Niederlande erlebten eine Zeit der üppigsten, schon zum Verfall reifen Blüte, als der 1606 geborene Rembrandt sich anschickte, auf der Universität seiner Vaterstadt Leiden auf Wunsch seines Vaters Literatur zu studieren. Freilich lagen Neigung und Begabung des Jünglings auf anderem Gebiete, und schließlich vermochte er es bei seinem Vater durchzusetzen, zu dem Maler Jakob van Swanenborch in die Lehre zu kommen.

Hier trat zum ersten Male die Frau in Rembrandts Leben. Er lernte die bildschöne Saskia von Ulenborch kennen, malte sie, gewann sie lieb und heiratete sie. In glücklicher Ehe lebten die beiden jungen Menschen zusammen. Saskia schenkte ihrem Gatten vier Kinder, von denen jedoch nur der Sohn Titus an Leben blieb. Diese sorgenfreie und frohe Zeit im Leben des Künstlers währte freilich nur kurze Zeit. Schon nach acht-jähriger Ehe starb Saskia und hinterließ ihr Vermögen ihrem Sohne unter der Verwaltung ihres Gatten.

Den finanziellen Zusammenbruch des Künstlers, der es nicht verstanden hatte, seine Ausgaben mit seinen Einnahmen in Einklang zu bringen, hat Saskia nicht mehr erlebt. Nach ihrem Tode geriet Rembrandt in immer düftere Verhältnisse und wurde von seinen Gläubigern hart bedrängt. Da trat zum zweiten Male eine Frau in sein Leben. 1648 hatte er einen Prozeß gegen seine Haushälterin Geertje Dirckx zu führen, die er nach Saskias Tode zur Versorgung seines Kindes in sein Haus aufgenommen hatte, und die sich Hoffnungen auf eine baldige Heirat mit dem Vater gemacht hatte. Als diese Hoffnungen fehlschlug, verklagte die Frau den Künstler wegen Bruchs des Treuegelübdes. Sie verlor den Prozeß und wurde bald darauf geistes-gelähmt. Rembrandt, den dieses Vorkommnis tief berührte, ließ sie auf seine Kosten in einem Stille unterbringen. Den günstigen Ausgang des Prozesses hatte er in erster Linie der Zeugnisaussage der damals 23 Jahre alten Hendrickje Stoffels zu verdanken. Mit größter Selbstlosigkeit erprobte dieses Mädchen ihren guten Namen und ging mit Rembrandt ein freies Verhältnis ein, ohne eine Gegenleistung zu beanspruchen. Sie nahm selbst 1654 eine Kirchenstrafe auf sich, nachdem zwei Mädchen aus dem Verhältnis hervorgegangen waren, von denen nur die Tochter Cornelia am Leben blieb.

Im Jahre 1656 hatte Rembrandts Schuldenlast so zugenommen, daß ihm zugunsten seiner Gläubiger sein ganzes Eigentum, sogar seine Unterwölbe, verkauft wurde. Nun siedelte der Künstler in eine Herberge im Amsterdamer Judenviertel über, und Hendrickje und sein Sohn Titus begannen hier einen Handel mit Gemälden, Skizzen und Kuriositäten des berühmten Malers, um ihm nur den Lebensunterhalt zu fristen. So blieb die kleine Familie auch in Zeiten der größten Not zusammen. 1668 starb doch auch Hendrickje, und Rembrandt stand mit seinem Sohne abermals allein. Für die soziale Mission seiner Kunst hatte das genießerhafte Großbürgertum jener Zeit kein Verständnis. Ueberdies wurde der Künstler auch durch ein Nachlassen seiner Kraft in seiner Arbeit behindert. Als schließlich auch noch sein Sohn vor ihm starb, stand Rembrandt allein an der Seite seiner Tochter Cornelia, die ihm so gar nicht weisens-wardig war. Aus dem einst in jugendlicher Kraft über-schäumenden Manne, der in vollen Zügen aus dem Becher des Lebens getrunken hatte, war ein in sich zurückgezogener Gräblier geworden, in dessen Hirn, wie von einem grellen Blitz beleuchtet, der große Klagengegniß zum Bewußtsein gelangte, der erst in kommenden Jahrhunderten deutlich in Erscheinung treten sollte.
Bgm.

Das „goldene Zeitalter“.

Die irische Schriftstellerin Frau Green hat zwei kleine Bücher über die irische Freiheit vor dem Eindringen der Engländer und Engländer in Irland veröffentlicht, in denen sie diese vorgezeichneten Epochen, besonders die Stein- und Bronzezeit als ein „goldenes Zeitalter“ schildert. In der unmittelbar darauf folgenden Zeit sollen hervorragend schöne Frauen schmuck aus Gold und Bernstein angefertigt worden sein. Die Iren glaubten an ein Geschlecht der Engländer, an glückliche Inseln, die sie manchmal am fernen Horizont aufstiegen und dann wieder verschwinden zu sehen glaubten. Wahrscheinlich haben diese Vorstellungen der Luftspiegelung, wie man sie zuweilen an der See erblicken kann, Anlaß zu diesem Glauben gegeben. Von großem Interesse sind ferner die Mitteilungen der Verfasserin über die Wirtschaftsgestaltung jener Zeit, die kooperativ gewesen, also auf genossenschaftlicher Grundlage beruht haben soll. Es handelt sich dabei um kleine landwirtschaftliche Betriebe. Die Hausfrauen hatten schon früh große Kessel, um Bier zu kochen, Bienen, eiserne Breiter und Kannen, einen Schmelzstein, Haden usw. Ein hervorragendes Nahrungsmittel waren damals Zwiebeln. Butter wurde lange nur an Sonntagen gegeben. Frau Green behauptet, daß die Engländer bei ihrem Eindringen in Irland ein Volk von hoher Kultur vorgefunden haben, das schon im 7. Jahrhundert Bücher auf Buchstaben und Pergament schrieb. Die englischen Eroberer hätten dem irischen Volke nach diesem „goldenen Zeitalter“ Blutvergießen, Hungersnot und Bedrückung gebracht. Die gleiche geschichtliche Entwicklung sehen wir überall, wo europäische „Kulturträger“ eine koloniale Betätigung ausgeübt haben. Die Geschichte Amerikas, in neuester Zeit auch die Chinas, bieten anschauliche Beispiele dafür.

Geburtenrückgang in England.

Eine Zählung in haben englischen Großstädten hat ergeben, daß im Jahre 1927 ein noch nie erlebter Tiefstand der Geburtenzahl erreicht worden ist. Auf je 1000 Angehörige der Bevölkerung betrug die Zahl der Geburten nur 62, während bis dahin die niedrigste Zahl der Geburten in England im Jahre 1845 unter dem Einwirkungs des Krieges immerhin noch für das ganze Land 177 gewesen war. Auch auf dem Lande betrug die Geburtenzahl im vorigen Jahre nur 162 auf je 1000 Personen. Beobachtungsweise war im Jahre 1920 die englische Geburten-ziffer auf 25,5 angefallen, ist aber seitdem ständig wieder zurückgegangen. Obwohl hart das auch in England mit Wirtschaftslagen und Wohnungsnot verbunden war, so ist doch die höchste Zahl der Todesfälle, die 1927 12,5 auf 1000 Personen betrug gegenüber 11,6 im Jahre 1926.

Das irische Heiratstext hat in einer englischen Zeitung aus dem Jahre 1695 gekundet. Es ging um zwei Männern aus die auf diesem damals noch sehr ungenügenden Wege eine Ehefrau suchten. Dagegen kam die erste deutsche Heirat-anzeige von einer Frau aus der Gegend von Krefeld, die im Jahre 1738 einen „guten Doktor und Advokaten“ als Gatten suchte.
Frauenrecht in Krefeld. In dem Krefelder...
Hilgen wahren...

Wirtschaft.

Stabilisierung der Francwährung.

Der Einfluss der schwebenden Schuld.

Die Währungsstabilisierung in Frankreich ist zu einem politischen Problem geworden. Poincaré hat es während der Zeit seiner Regierung verstanden, alle Gefahrenmomente zu beseitigen, die der französischen Wirtschaft durch das Risiko der Währungsstabilisierung drohten. Das ist ihm ohne die gesetzliche Währungsstabilisierung gelungen, wodurch natürlich seine politische Stellung außerordentlich gefestigt worden ist.

Alle Schwierigkeiten, welche die Stabilität der französischen Währung von der Seite der Wirtschaft her noch im Herbst 1926 bedrohten, bestehen heute nicht mehr; aber die währungsrechtlichen Gefahren sind bis jetzt noch keineswegs verschwunden. Sie sind nur eingeschränkt, solange Poincaré an der Spitze der französischen Regierung steht, gewissermaßen vertagt. Man darf nicht vergessen, daß der erste Anstoß zum großen Francsturz im Sommer 1926 von den französischen Großbanken ausging. Damals wurden große Summen der inneren französischen Schuld fällig. Die Großbanken benötigten diese Flüssigkeit, um auf die damalige Kartellregierung, von der sie die Erhebung einer Kapitalsteuer bejährteten, einen politischen Druck auszuüben. Solange die Währung in Frankreich nicht stabilisiert und das französische Budget nicht wirklich, d. h. nicht nur auf dem Papier, ausgeglichen ist, haben die Großbanken immer die Möglichkeit, ihre Manöver zu wiederholen.

Gerade in diesem Jahre werden — bis zum Juni 1928 — 20 Milliarden Papierfrancs, das sind immerhin 3 Milliarden Goldmark, an inneren Schuldverpflichtungen Frankreichs fällig. Allerdings sieht man den kommenden Fälligkeitsterminen ziemlich gefaßt entgegen. Man kann auch angesichts der politischen bestehenden Verhältnisse mit einiger Sicherheit annehmen, daß der größere Teil der fällig werdenden Anleihen von den Inhabern nicht zur Zahlung präsentiert, sondern in Form von neuen Anleihen verlängert wird. Ob man nun die Schuld prolongiert oder nicht prolongiert, hängt aber zuguterletzt von den französischen Großbanken ab, die äußerst reaktionär eingestellt sind. So wird jede Vorkriegsregierung in Frankreich in ihrer Politik durch den Druck der Banken beeinflusst werden, solange der Franc noch nicht gesetzlich stabilisiert ist. Durch Abstoßung zu großer Posten fälliger innerer Schuld können die Banken eine Vertrauenskrise hervorrufen, die den Franc von neuem erschüttert.

Aus diesen Zusammenhängen heraus erklärt sich die französische Währungsstabilisierung. Sie steht unter dem Einfluß rein politischer Überlegungen. Schon im April 1928 wird das französische Volk mit dem Entschluß über die zukünftige französische Politik zu entscheiden haben. Poincaré und seine Freunde haben also gar keine Veranlassung, der nächsten Regierung, die unter Umständen weiter nach links orientiert sein kann als die jetzige, Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Ist die französische Währung einmal gesetzlich stabilisiert, dann lassen sich nämlich die Gefahren der schwebenden Schuld durch eine Zwangsconsolidierung und eine verhältnismäßig leicht beizulegenden Abrechnung der Zwangsconsolidierung in eben die Währungsstabilisierung, da sie sonst die bei Zwangsconsolidierungen unausbleiblichen psychologischen Folgen nur allzu leicht in einen Angriff auf die Währung umsetzen. Poincaré weiß also, weshalb er nicht stabilisiert. Er legt er bei den nächsten Wahlen, dann kann er im Anfang seiner Regierungsperiode stabilisieren. Wird er gescheitert, so hat er die Politik seiner Gegner, jedenfalls für den Anfang, außerordentlich erleichtert und die Stabilität einer Linksregierung davon abhängig gemacht, ob es ihr glückt, gegen den Widerstand der Banken zur gesetzlichen Stabilisierung der Francwährung zu gelangen.

Agrarischer Kampf gegen die Gefrierfleisch-Einfuhr.

Die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine hat auf ihrer Wintertagung in Berlin am Dienstag eine Entschließung angenommen, in der die möglichste Unterbrechung der Gefrierfleisch-Einfuhr unter schärfster Durchföhrung der veterinärpolizeilichen Vorschriften und sofortige Abroßfegung der Gefrierfleisch-Einfuhr gefordert wird. Begründet wird

diese Forderung mit dem Hinweis, daß die Gefrierfleisch-Einfuhr ein Raub am Lohn des Bauern bedeutet und jede bäuerliche Siedlungsstätte unwirksam macht.

Am Mittwoch hat nun eine Delegation der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine diese Forderung dem Reichsernährungsminister Schiele vorgetragen. Selbstverständlich bedeutet das Wasser auf die Mühlen des Ministers. Es ist jetzt zu befürchten, daß sich die Aktion gegen die zollfreie Gefrierfleischkontingente in den nächsten Tagen verstärkt und schließlich zu einem Erfolg führen wird.

Der Kampf gegen das zollfreie Gefrierfleisch wird von den Agrariern mit den gedrückten Schweinepreisen begründet. Es fragt sich aber, ob man durch Abroßfegung der Gefrierfleisch-Einfuhr die Preissteigerung auf dem Schweinefleischmarkt ändern kann. Angesichts der immerhin beschränkten Kontingente wird das von den Fachleuten bezweifelt. Die Ursachen für die gedrückten Preise auf den Schweinefleischmärkten liegen nämlich auf ganz anderen Gebieten. So wie am Mittwoch auf der in Berlin abgehaltenen Tagung der Vereinigung Deutscher Schweinezüchter und Schweinefleisch-Regierungsrat Dr. Kuppelmeier, Direktor des Schlacht- und Viehhofes in Frankfurt am Main, darauf hin, daß die zu zahlreichem Händler beschickung der Märkte nur durch genossenschaftlichen Zusammenschluß erreicht werden könne. Die Form und Fleischbeschaffenheit der deutschen Schweine lasse heute vieles zu wünschen übrig. Die ausländische Konkurrenz könne aber nur durch die Güte der einheimischen Waren geschlagen werden. Voraussetzung für eine Qualitätsverbesserung des deutschen Schweines und für bessere Markt- und Preisverhältnisse sei aber die Verbilligung der Futtermittel.

Die Großagrarien im Reichslandbund wenden sich aber gegen eine Verbilligung der Futtermittel. Wenn sich also die Bauernvereine für die Abroßfegung der Gefrierfleisch-Einfuhr, lassen sie sich schließlich nur für die Forderungen des Reichslandbundes einspannen. Letzten Endes wird man durch die Beseitigung der zollfreien Gefrierfleischkontingente nur die Lebenshaltung der breiten Masse verteuern und die Kaufkraft des deutschen Volkes schwächen, ohne daß man den Schweinefleischmarkt sanieren kann!

Reichsteuerungszahlen.

Amlich wird mitgeteilt: Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Januar auf 150,8 gegen 151,3 im Vormonat. Sie ist somit um 0,3 v. H. zurückgegangen. Der Rückgang ist im wesentlichen auf eine Senkung der Ernährungsausgaben zurückzuführen; insbesondere haben die Preise für Butter, Fleisch und Eier nachgegeben. Innerhalb der Bedarfsgruppe Bekleidung haben vor allem die Preise für Schuhzeug angezogen.

Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100), für Ernährung 151,9, für Wohnung 125,5, für Heizung und Beleuchtung 146,0, für Bekleidung 166,5, für den sonstigen Bedarf einschließlich Verkehr 165,7.

Die Gewerkschaften gegen den Zoll auf Gefrierfleisch.

Die Gewerkschaften aller Richtungen (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ma-Bund, Allgemeiner Deutscher Bauernbund, Gewerkschaftsring, Deutscher Gewerkschaftsbund) haben dem Reichsernährungsminister folgende Eingabe überreicht:

Durch eine Sonderveröffentlichung des Enquete-Kommissars (Unteranspruch für Landwirtschaft) waren erhebliche Mängel in der Gefrierfleisch-Exportierung festgestellt worden. Der Ausschuss hat jedoch nicht die Aufhebung des bisherigen Einfuhrzollens vorgeschlagen, sondern unter Beibehaltung des zollfreien Gefrierfleischkontingents eine Reihe von Maßnahmen vorgezeichnet, um die jetzigen Nachteile zu beheben. Der Ausschuss für Gefrierfleisch bei dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat sich gleichfalls mit diesen Fragen beschäftigt und Maßnahmen vorgezeichnet, die sich mit den Vorschlägen des oben erwähnten Unteranspruches decken. Unter diesen Umständen erscheint es den gewerkschaftlichen

Spitzenorganisationen überflüssig und im Interesse der währungsrechtlichen Volkswirtschaften zurzeit sogar schädlich, das bisherige und nunmehr verbesserte System durch einen allgemeinen Gefrierfleischzoll zu ersetzen. Von einer Spitzenänderung darf im Augenblick umso eher abgesehen werden, als die Unternehmungen des Enquete-Kommissars noch nicht beendet sind und in absehbarer Zeit der neue Tarif aufzustellen ist. Bei dieser Gelegenheit wird die Gefrierfleischfrage zweifellos nochmals zur Verhandlung stehen.

Besonders hervorzuheben sind die gewerkschaftlichen Spitzenverbände im Gefrierfleischgeschäft des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft nicht vertreten, obgleich sie die einzigen Schichten repräsentieren, für die die Erleichterungen im Gefrierfleischgeschäft gedacht worden waren. Wir halten es für dringend erforderlich, daß dieser Fehler alsbald behoben wird und bitten Sie, Herr Minister, zu den Sitzungen dieses Beirats und zu allen Beratungen über diese Fragen künftig auch die Gewerkschaftsorganisationen einzuladen.

Reichsbanknotensumme vom 31. Januar.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Januar hat sich die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um nur 362,6 Millionen Mark auf 2557,4 Millionen Mark erhöht. Die Bestände an Wechseln und Schecks selbst sind um 294,8 Millionen Mark auf 2372,8 Millionen Mark gestiegen. Sie machten am 31. Januar 1927 — 1415 Millionen und am 31. Januar 1926 — 1464 Millionen Mark aus. Allerdings erfolgte im Laufe des Jahres 1926 bereits ein Ansteigen auf 1829 Millionen Mark. Im Laufe der letzten drei Monate ist jedoch ein starkes Abfallen der Bestände eingetreten, da sie am 31. Oktober 1927 — 2802 Millionen Mark ausmachten.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen sind zusammen 588,2 Millionen Mark in den Verkehr abgeflossen. Die Bestände an Gold und Deckungsbevisen werden mit 2161,3 Millionen Mark (1865,3 Millionen Mark Gold und 296 Millionen Mark bedungsfähige Devisen) ausgewiesen. Die Deckung der Noten durch Gold allein betrug 43,9 Prozent (Vorwoche 50,6 Prozent) und die Deckung durch Gold und Deckungsbevisen 50,8 Prozent (58,9 Prozent).

Amerikanleihe der Deutschen Bau- und Bodentreditbank A.-G.

Die Deutsche Bau- und Bodentreditbank A.-G. wird eine Amerika-Anleihe in Höhe von 5 1/2 Millionen Dollars aufnehmen, die dem deutschen Baumarkt zugeleitet werden soll. Jedoch ist eine Neubeleiung aus der Dollaranleihe nicht möglich, da sie ausschließlich zur Konsolidierung der aus dem Jahre 1927 stammenden Bauzweckkredite zu verwenden ist.

Infolge der im Jahre 1927 eingetretenen Verkappung des Geldmarktes sind die meisten Bauausführungen im vorigen Jahre höchst unsolid finanziert worden. Die von den verschiedenen Stellen gegebenen Zwischenkredite waren ein, jedoch gegenwärtig nicht weniger als 600 bis 700 Millionen Mark konsolidiert, in langfristige Realkauf umgewandelt werden müssen. Natürlich bedeutet die Dollaranleihe der Deutschen Bau- und Bodentreditbank, angesichts der großen schwebenden Schuld auf dem Baumarkt, nur einen Tropfen auf den heißen Stein. Jedoch dürfte es mit Hilfe der amerikanischen Anleihe gelingen, die beteiligten Institute für die kommende Bauaktion aktionsfähig zu machen.

Für die Aufnahme der Gelder kommen die Preussische Landespfandbriefanstalt (12 Millionen Mark) und die Deutsche Wohnstättenhypothekbank (10 Millionen Mark) in Frage. Beide Institute konnten nicht direkt an den amerikanischen Geldmarkt herantreten, weil die Amerikaner Landsanleihen nur auf Goldbasis abschließen, während die von den deutschen Hypothekbanken als Sicherheit anzubietenden Pfandbriefe auf Reichsmark lauten müssen. Sie bedienen sich deshalb der Vermittlung der Deutschen Bau- und Bodentreditbank. In Wirklichkeit sind aber durch die Aktion zum ersten Mal deutsche Hypothekpfandbriefe in größerem Umfang in den Vereinigten Staaten von Nordamerika untergebracht worden.

Die Verzinsung der Anleihe ist auf 6 1/2 Prozent festgesetzt. Die Zurückzahlung muß nach 20 Jahren erfolgen.

Inventur-Ausverkauf

Kauf mit der Ware Gewinnen die Preise

- Was eigentl. Aufreingung: nur 1,50
- Gerren-Anzüge nur 17,50
- Sporn-Anzüge nur 17,50
- Lein-Anzüge nur 17,50
- Wintermäntel nur 14,50
- Kostbarem-Anzüge nur 15,50
- Krausen-Anzüge nur 3,50
- Brecheshirts aus Kordstoffen nur 5,50

Zuch- und Kopfgeschäft
Chemowitz
Gebrüderstraße 4, III. Stock
3 Räume vom Hauptbahnhof. 4401

Max Arnold
Buchverleger
Kloppel
Max Arnold
Buchverleger
Kloppel

Gemeinnützige Schreibstube
Ursuliner-Strasse 5-6 Fernruf Ohle 3112
Billigste und sauberste Ausführung von:
Abschriften - Vertriefszettelungen
Typendruck - Schreiben von Adressen
Diktat - Korrespondenz
Annahme von Stenogrammen.

Sehr empfang ich wieder einen
Reizespöken
Dracht-Büchlinge
das ganze Fund Lot nur 25 Mk.
2 Fund in einem Paket nur 55 Mk.
siehe an 5 Hb. 1,25 Mk.

Ähr gerühmt Spouten
nimm 1 Fund 47 Mk.

Flandern
nimm 1 Fund 93 Mk.

Sammerliche Bekleidungs-Sätze
ist wieder ganz frisch eingetroffen
das Fund Lot nur 44 Mk.
Lot mit 12 Fund Herbst 1,25 Mk.

Buchwesen
in großer Auswahl zu billigen Preisen
und nur entsprechend in Qualität

Reise- u. Koffer
ist wieder ganz frisch eingetroffen
das Fund Lot nur 44 Mk.
Lot mit 12 Fund Herbst 1,25 Mk.

Max Schönlender
Buchverleger
Kloppel

Goldene Trauringe
ingenios - Gravierung gratis
Stadt bekannt billige Preise
Schnelles Lager, auch in 4403

Albert Köwius
Ehemalig: 56 Tel. Ohle 5153

Achtung! Mein Geschäft befindet sich nur noch in der Schmiedestraße

Prima Rindfleisch
Fund 0,90 u. 1,00 Mk.
Schweinefleisch, Sp. 80 u. 90 Pf.
Gemeigt: Sp. 90 Pf.
Paul Weidlich, Lohestraße 42.
Telefon: Stephan 3569

Gesamtangabe in Buchhandlungen

Jack-London!
Martin Eden 2 Bände Neu erschienen
Der Sohn des Wolfs Neu erschienen
Die Insel Berande Neu erschienen
Eiserne Ferse Neu erschienen

In den Wäldern des Nordens, an der Goldgrube
Morgens Altkönig, autobiographischer Roman
Der Seewolf, Roman
Abenteuer des Schmeckstranges, Transferte durch Nordamerika
Säbelschneiderei, Erzählungen
Jerry der Landwehr
Sohn der Sonne

Jeder Band in Ganzleinen **NET M. 4.00**

Vollwacht-Buchhandlungen
Neue Compagnie 5 und Neue Tannstraße 11

Billiger Fleischverkauf!
Schweinefleisch Pfd. 0,75 u. 0,80 Mk.
Schweinehälften Pfd. 1,20 Kettlets Pfd. 1,10 Mk.
Rindfleisch ohne Knochen Pfd. von 1.- Mk. an
Suppenfleisch Pfd. von 0,80 Mk. an
Kalbfleisch Pfd. 1,00-1,20 ohne Knochen Pfd. 1,20-1,50
Rüchfleisch Pfd. 1,10 u. 1,20
Pflaumenfleisch Pfd. 0,90 u. 1.-
Frische Schweinehälften Pfd. 0,40 Frischer Speck Pfd. 0,90
Lungenfleisch Pfd. 0,75 Ausgebrat. Schweinefleisch Pfd. 0,80
Gulaschfleisch Pfd. v. 0,80 an Gedünstes Pfd. v. 0,80 an
Rüchfleisch (deutsch) Pfd. 1,10 Mk.
Geschnitt. roher u. Lammfleisch Pfd. 0,45 Mk.
Preßkopf und Mortarella Pfd. 0,25 Mk.
Bettwurst und Braunschwager Pfd. 0,25 Mk.
Leberwurst Preßwurst u. Knoblauchwurst Pfd. v. 0,60 an
Polnische Pfd. 0,80 u. 1.- u. 1/2 Aufschnitt 1/4 Pfd. 0,40
sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren
zu billigsten Preisen empfiehlt 11576
Adolf Weiss Marktstr. 13
Fennruf Ring 2669

Arbeitsmarkt

Seizungsmonitore
sofort gesucht, 20
benötigt werden solche Monitore
die auch Bes. Entwässerungs-
arbeiten ausführen können.
Bruno Runge, Kyathstr. 11

Zeitschriften
Herm. Mohaupt
Reichstraße 1, Tel. R. 1301
über Albrechtstraße.

Stellen-Angebot
In der
"Kollmann" haben
Stellen-Angebot
Infolge ihrer großen Ver-
breitung in Arbeiter-
kreisen haben
Erfolg

Stellen-Angebot
Infolge ihrer großen Ver-
breitung in Arbeiter-
kreisen haben
Erfolg

Stellen-Angebot
Infolge ihrer großen Ver-
breitung in Arbeiter-
kreisen haben
Erfolg

Stellen-Angebot
Infolge ihrer großen Ver-
breitung in Arbeiter-
kreisen haben
Erfolg

Stellen-Angebot
Infolge ihrer großen Ver-
breitung in Arbeiter-
kreisen haben
Erfolg

Stellen-Angebot
Infolge ihrer großen Ver-
breitung in Arbeiter-
kreisen haben
Erfolg

Stellen-Angebot
Infolge ihrer großen Ver-
breitung in Arbeiter-
kreisen haben
Erfolg

Stellen-Angebot
Infolge ihrer großen Ver-
breitung in Arbeiter-
kreisen haben
Erfolg

Stellen-Angebot
Infolge ihrer großen Ver-
breitung in Arbeiter-
kreisen haben
Erfolg